

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin: Donnerstag, 27.02.2020
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 21:40 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Brauerstr. 5, 66663 Merzig

Anwesend

Vorsitz

Marcus Hoffeld, Bürgermeister

CDU-Fraktion

Alexander Boos	CDU	bis 20:32 Uhr Top 12
Dr. Detlef Nikolaus Hans	CDU	ab 18:30 Uhr Top 7
Simon Tinnes	CDU	
Ulrike Biermann	CDU	
Doris Darimont-Doll	CDU	
Matthias Görden	CDU	
Manfred Klein	CDU	
Axel Ripplinger	CDU	bis 20:07 Uhr Top 8
Angelika Conrad	CDU	
Therese Schmitt	CDU	
Hans-Joachim Horf	CDU	
Thomas Klein	CDU	
Jürgen Auweiler	CDU	
Dr. Manfred Kost	CDU	
Maria Bänsch	CDU	bis 20:50 Uhr Top 13

SPD-Fraktion

Martin Dyck	SPD	
Tina Fischer	SPD	
Wolfgang Klose	SPD	
Caroline Ney	SPD	ab 17:55 Uhr Top 2
Sebastian Palz	SPD	

Manfred Klein	SPD
Martina Holzner	SPD
Giuseppe D`Auria	SPD
Arndt Oehm	SPD

Fraktion B'90/Die Grünen

Elina Santo	Bündnis '90/DIE GRÜNEN	bis 21:40 Uhr Top 18.1
Heinz Temmes	Bündnis '90/DIE GRÜNEN	
Johannes Weiten	Bündnis '90/DIE GRÜNEN	
Klaus Borger	Bündnis '90/DIE GRÜNEN	

DIE LINKE-Fraktion

Hannah Spanier		bis 21:40 Uhr Top 18.1
----------------	--	------------------------

FWM-/FDP-Fraktion

Bernhard Morbe	FREIE WÄHLER Merzig	bis 20:36 Uhr Top 13
Hermann Schuh	FREIE WÄHLER Merzig	
Karsten Thomaser	FDP	

Ortsvorsteher

Helmut Hoff	CDU
Matthias Hurth	CDU
Torsten Rehlinger	SPD

Verwaltung

Thomas Klein
Lisa Klein
Daniel Barth
Dieter Ernst, Erster Beigeordneter
Nicole Leinen
Lydia Müller
Ute Süßmilch
Werner Gasper
Hermann Friedrich
Arno Jung
Christian Bies

Abwesend

CDU-Fraktion

Johannes Ehm	CDU	entschuldigt
--------------	-----	--------------

Stefan Dorbach	CDU	entschuldigt
----------------	-----	--------------

SPD-Fraktion

Silvia Prinz	SPD	entschuldigt
--------------	-----	--------------

Nikolaus Lorenz	SPD	entschuldigt
-----------------	-----	--------------

DIE LINKE-Fraktion

Frank Hackenberger	DIE LINKE	entschuldigt
--------------------	-----------	--------------

AfD-Fraktion

Jörg Ulrich Gruhn	AfD	entschuldigt
-------------------	-----	--------------

Dieter Leistenschneider	AfD	entschuldigt
-------------------------	-----	--------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- Eröffnung der Sitzung
- 1 Einwohnerfragestunde
 - 2 Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Ehemalige Markthalle" im Stadtteil Merzig der Kreisstadt Merzig; Einleitung des Verfahrens 2020/331-001
 - 3 Entschädigung von Stadtratsmitgliedern; hier: Kosten für die Betreuung von Kindern und kranker/pflegebedürftiger Familienmitglieder während der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse (Antrag von B90/Die Grünen) 2020/320
 - 3.1 Entschädigung von Stadtratsmitgliedern; hier: modifizierter Antrag B90/Die Grünen vom 25.01.2020 2020/320-001
 - 4 Städtebauförderung 2020/341
 - Information über die neue Förderkulisse
 - Festlegung Gebietszuschnitt Programmteil "Wachstum und nachhaltige Erneuerung"
 - Meldung Städtebauförderung 2020
 - 5 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel 1 (KInvFG I) - Änderung der Belegung des Fördervolumens 2020/381
 - 6 Forstwirtschaftsplan 2020 2020/357
 - 7 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan 2020 2020/383
 - 8 Beteiligungsbericht 2019 2020/311
 - 9 Nutzungsverträge für die 2020/356
 - Zuwegung im Rahmen der Errichtung und des Betriebs von Windenergieanlagen (WEA)
 - Verlegung und den Betrieb von Kabeltrassen für Windenergieanlagen (WEA)
 - 9.1 Anlage zu TOP 9 2020/356-001

9.2	Anlage 2 zu TOP 9	2020/356-002
10	Eisenbahnstrecke zwischen Merzig und Losheim am See reaktivieren; Antrag B90/Die Grünen vom 28.01.2020	2020/379
11	"Blättelbornweiher zeitnah renaturieren und Erholungsinfrastruktur optimieren"; Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 07.01.2020	2020/382
12	Merzig auf die prognostizierte Heißzeit vorbereiten; Antrag B'90/ Die Grünen vom 09.11.2019	2020/355
13	Stadtrat stellt sich dem Biodiversitätsverlust entgegen; Antrag B`90/ Die Grünen vom 01.01.2020	2020/350
14	Auwald; Antrag B'90/Die Grünen vom 12.10.2019 (erneut vorgelegt 12.10.2019)	2020/353
15	Begrünungsmaßnahmen dem Artenschutz anpassen; Antrag B'90/ Die Grünen vom 07.01.2020	2020/354
16	Resolution zum Thema "Klimakrise"; Antrag B90/Die Grünen	2020/388
17	Mitteilungen, Anfragen und Anregungen	

Nichtöffentlicher Teil

18	Grundstücksangelegenheiten	
18.1	Verkauf einer Teilfläche im Stadtteil Merzig	2019/303
18.2	Verschiebung des Beginns einer Nutzungsverpflichtung	2020/321
19	Personalangelegenheiten	
19.1	Beförderungen, Höhergruppierungen und sonstige Maßnahmen des Stellenplanes	2020/351

Protokoll

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Auch aus den Reihen der Zuhörer ergeben sich keine Wortmeldungen.

2 **Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Ehemalige Markthalle" im Stadtteil Merzig der Kreisstadt Merzig; Einleitung des Verfahrens**

2020/331-001
ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld erklärt, dass die Entwicklung des Markthallengeländes eine wichtige Maßnahme für die gesamte Stadt sei. Nachdem vor etwa drei Jahren das Gebäude der BARMER fertiggestellt worden sei, solle nunmehr der zweite BA auf dem Areal des ehemaligen Brauereigeländes erfolgen. Die AFP GmbH plane, die Markthalle abzureißen und einen neuen Gebäudekomplex zu errichten, der u.a. einen sehr häufig geforderten Drogeriemarkt beinhalten werde, außerdem zahlreiche Büroräume und einige Wohnungen. Dadurch werde nicht nur ein großer Teil unserer Stadt städtebaulich erheblich aufgewertet, sondern es entstünden an dieser Stelle auch viele neue Arbeitsplätze. Heute solle über die Einleitung zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes abgestimmt werden. Der Bauausschuss und der Ortsrat hätten das Vorhaben begrüßt. Heute empfehle der Bürgermeister dem Stadtrat, dieses wichtige Projekt durch Zustimmung zu unterstützen. Der Vorsitzende bedankt sich auch im Namen der städtischen Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich bei Herrn Schamper und dessen Söhnen für die sehr vertrauensvolle und angenehme Zusammenarbeit. Die Grünen-Fraktion habe einen Ergänzungsantrag eingereicht, der allen Ratsmitgliedern vorliege.

CDU-Fraktionssprecher Auweiler kündigt die Zustimmung seiner Fraktion an und spricht dem Investor den Dank der CDU-Fraktion aus. Der Investor werde dieses Gelände weiterentwickeln; gerade dieses zentrale Teilstück sei für die innerstädtische Entwicklung sehr wichtig. Er erachte es als positiv, dass Herr Schamper Verantwortung für seine Stadt übernehme und Gelder investiere. Aus Sicht der CDU passe das Gebäude in die Umgebung, das BARMER-Gebäude werde fortgesetzt, die Höhen seien an die Umgebung angepasst. Auch das Bauvolumen passe, so dass aus CDU-Sicht vom Gebäude her alle Vorgaben erfüllt seien, die städtebaulich einen weiteren wichtigen Schritt darstellten. Weiterhin plane der Investor, dort einen DM-Markt wieder zu integrieren. Auch das sei eine Sehnsucht vieler Anwohner, einen solchen Markt wieder fußläufig zu erreichen. Von daher danke er dem Investor, dass er die Bedürfnisse in Merzig aufgreife und umsetze. Selbiges treffe für die Gastronomie zu, die in diesen Gebäudekomplex einziehen solle. In dieser zentralen Lage habe man nicht nur Arbeitsplätze, sondern weitere Angebote und Möglichkeiten, weiteres Geld in Merzig zu lassen. Merzig als Mittelzentrum an der Saar werde durch dieses Projekt weiter gefestigt und nach vorne gebracht. Besonders wichtig erachte seine Fraktion, dass der Investor auf die Gege-

benheiten eingehe und aus einer versiegelten Fläche – zusammen mit einer Dachbegrünung – insgesamt 3.000 m² an neuer Begrünung in die Stadt bringe, was eine weitere Aufwertung darstelle. Der Ortsrat habe der Einleitung des Verfahrens einstimmig zugestimmt. Die CDU-Fraktion erteile ebenfalls ihre Zustimmung. Er hoffe auf einen einstimmigen Beschluss im Stadtrat für diese bedeutende Maßnahme, die heute für Merzig auf den Weg gebracht werde.

SPD-Fraktionssprecher Klein erinnert an das Sprichwort „Was lange währt, wird endlich gut!“ Er glaube, dies treffe auch auf das heute vorgestellte Bauvorhaben zu. Die SPD-Fraktion begrüße und unterstütze natürlich diese Projektentwicklung im Zentrum unserer Stadt, dem sogenannten „Filetstück“ der Innenstadt. Damit seien endlich auch Spekulationen und der Gerüchteküche über eine mögliche Nutzung des Markthallen- und ehemaligen Saarfürst-Geländes ein Ende gesetzt. Bereits das bauliche Projekt der Barmer-Ersatzkasse hätte eine Aufwertung in diesem Innenstadtbereich bedeutet. Das nun von der Merziger Immobiliengesellschaft AFP – der Geschäftsführer Michael Schamper sei mit seinem Sohn heute anwesend – geplante Projekt, inklusive des angrenzenden Bereichs der Schankstraße/Sparkasse werde eine zusätzliche Bereicherung für die Merziger Innenstadt sein. Die SPD-Fraktion sehe bei der Realisierung dieser Baumaßnahme nur Gewinner. Es bedeute eine weitere Stärkung der Einkaufsstadt und des Mittelzentrums für die ganze Region. Dieses Bauvorhaben eines Merziger Unternehmers bestätige die immer wieder von Seiten der SPD getätigte Aussage, dass Investoren Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit als Mittelzentrum im Dreiländereck und in die Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit der Merziger Verwaltungsspitze und des Stadtrates haben. Vor diesem Hintergrund stimme die SPD-Fraktion dem Antrag zu.

Ratsmitglied Temmes (B90/Die Grünen) erklärt, dass man immer froh darüber sei, wenn jemand baue, vor allem, weil ein großer Teil der versiegelten Fläche begrünt werde. Seine Fraktion habe die Ausweisung eines Radweges beantragt, eine vorgesetzte Fassadenbegrünung, die Errichtung von Photovoltaik auf den Dachflächen und - wenn möglich - einen Durchgang zur Schankstraße zu schaffen. In Bezug auf Brandschutz müsse man alle 30 m einen Fluchtweg erreichen. Hier habe man ein Bauwerk, das 100 m lang sei. Insgesamt wolle er darauf hinweisen, dass laut Unterlagen eine Bebauung von 22 m möglich sei. Das künftige Bauwerk sei ein Geschoss höher als das BARMER-Bauwerk. Dem stünde nichts entgegen (= ca. 18m). 26 (kleine) Bäume seien dem Plan zu entnehmen, die natürlich vor Ort so tief gepflanzt werden sollten, dass sich der Boden später nicht nach oben wölben könne. Das bedeute nach Regelwerk eine Einbautiefe für einen Baum von mindestens 1,80 m. Die Bäume sollten dementsprechend so tief gepflanzt werden, damit man nicht in wenigen Jahren die Gehwege erneuern müsse. Im Übrigen weise er darauf hin, dass die abzureißende Markthalle im B-Plan nicht im Grundriss dargestellt sei. Deshalb habe er bereits im Bauausschuss bemängelt, dass die Markthalle nicht eingezeichnet sei, da der Bauherr nichts abreißen könne, was nicht vorhanden sei.

Ratsmitglied Schuh (FWM/FDP-Fraktion) erklärt, die Fraktionsgemeinschaft FWM/FDP begrüße die Initiative des Investors, auf dem Gelände der ehemaligen Saarfürst-Brauerei einen Neubau zu errichten. Damit werde dieser Bereich städtebaulich sinnvoll genutzt und aufgewertet. Die geplanten Ansiedlungen, wie des Drogeriemarktes, von Gastronomiebetrieben, die Schaffung von Wohnraum und von Büroflächen, seien nach Meinung seiner Fraktion eine gute Mischung, um in dieser attraktiven Lage auch wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Ergeben werde sich hoffentlich eine Win – win - Situation. Der Abriss der Markthalle sei überfällig, ein Neubau bringe neue Perspektiven. Seine Fraktion wünsche schon heute ein erfolgreiches Genehmigungsverfahren, eine zügige und sichere Realisierung des Bauvorhabens sowie eine erfolgreiche Vermarktung.

Ratsmitglied Schuh (FWM/FDP-Fraktion) kündigt einige konstruktive Anmerkungen zum Verfahren an: Die vorgelegten Pläne enthielten relativ wenig Informationen bezüglich der genauen Lage und der Dimensionen des Neubaus. Aus dem Plan, der in „Neues aus Merzig“ veröffentlicht worden sei, sei weder das eine noch das andere zu erkennen. Er denke, die Be-

völkerung habe darauf ein Recht und sollte hierzu noch weitere Informationen erhalten. Schön wäre es gewesen, wenn der Stadtrat zu einem früheren Zeitpunkt hier involviert gewesen wäre. Nach Meinung seiner Fraktion hätte an dieser Stelle eine aufgelockerte, transparente Bebauung, losgelöst von dem Gebäude der Barmer-Versicherung gut gepasst und optisch, gestalterisch wie auch klimatechnisch eher Vorteile gebracht. Zum Beispiel hätte man sich drei unabhängige, ggf. quadratische Bauwerke in unterschiedlicher Höhe hier auch sehr gut vorstellen können. Für kommende Projekte bitte die FWM/FDP-Fraktion – wenn es sich um städtebaulich so relevante Pläne handele – um frühzeitige Einbindung, z. B. durch Einberufung eines Arbeitskreises.

Bürgermeister Hoffeld weist auf die Möglichkeit hin, im Vorfeld Fragen zu stellen, auch in Gesprächen mit dem Investor. Die Verwaltung habe, als sie über die Planungen informiert worden sei, zu einer Bauausschusssitzung eingeladen, in der sehr ausführlich über das Vorhaben informiert worden sei. Ferner habe es eine Ortsratssitzung gegeben. Von daher sei jederzeit Transparenz gegeben gewesen. Transparenz sei jedoch keine Einbahnstraße. Sofern Vertreter der FWM/FDP-Fraktion Fragen gehabt hätten, hätte jeder auch außerhalb der Sitzungen zur Verfügung gestanden.

Mit Blick auf den von Ratsmitglied Temmes vorgetragenen Antrag der Grünen, über den bereits in der heutigen Ausgabe der Saarbrücker Zeitung berichtet worden sei, verliert Bürgermeister Hoffeld eine E-Mail, die Herr Schamper auf Grundlage des SZ-Berichts verfasst habe: „Bezug nehmend auf den heutigen Zeitungsartikel und den Antrag der Stadtratsfraktion der Grünen sind einige Punkte genannt, zu denen wir gerne Stellung nehmen. Als die AFP GmbH das Areal 2011 erwarb, war das gesamte Areal versiegelt zu 100%. Mit dem Bau der Barmer hat die AFP ca. 1.200qm Dachfläche und Außenanlage begrünt. Wenn man in die Pläne des Antrags zum B-Plan schaut, sieht man, dass wir ein Flachdach planen, was selbstverständlich auch mit ca. 1.400qm begrünt wird. Darüber hinaus wird vor dem Objekt eine Grünfläche mit urbaner Aufenthaltsqualität gebaut mit ca. 400qm. Zusammen sind das ca. 3.000qm Grünfläche gegenüber 0qm im Jahr 2011. Wir denken, das trägt doch zum verbesserten Mikroklima der Stadt bei. Eine vorgesetzte Fassadenbegrünung ist hier nicht geplant. Das würde eine komplette bauphysikalische Umplanung bedeuten. Gerne nehmen wir das in dem nächsten Bauabschnitt als Möglichkeit in die Überlegungen auf. Nach dem Erwerb des Areals haben wir damit begonnen, die städtebauliche Bedeutung dieser Fläche mit allen Funktionen zu ermitteln und zu werten. Eines wurde schnell klar, die Verkehrswegebeziehungen mussten eine besondere Berücksichtigung im dann folgenden städtebaulichen Entwurf finden. Die Verbindung vom ÖPNV-Knotenpunkt Haupt,- und Busbahnhof zur Kernstadt, wie das Rathaus und die Fußgängerzone, spielten eine zentrale Rolle. Das Thema Radweg auf dem Gelände wurde schon sehr früh zwischen der Stadt und der AFP GmbH besprochen. Nachdem die Ansiedlung von DM feststand und damit verbunden viel Verkehr, u.a. von Frauen mit Kindern, die auf dem Parkplatz laufen, sehen wir von einem Radweg eher ab, sondern sehen eher eine verkehrsberuhigte Zone, evtl sogar eine Spielstraße, um keine Gefährdung zu haben. Dieser Punkt, die optimale Gestaltung der Fläche, werden wir in enger Abstimmung mit der Stadt nach reiflicher Überlegung festlegen. Das Thema der Photovoltaik, wie gefordert, ist etwas zu kurz gedacht. Wir haben schon bei dem Bau der Barmer eine vollumfängliche energetische Planung von Fachingenieuren machen lassen und werden das hier noch intensiver tun. Es wird eine Wärmepumpe als Heizelement geplant und zur Kühlung ein Klimakompressor. Beides benötigt Strom. Den werden wir so weit wie möglich durch Photovoltaik erzeugen. Das endgültige Konzept ist in intensiver Planung, welche noch nicht abgeschlossen ist. Einen Durchgang zwischen Schankstraße und dem Parkplatz ist nicht geplant, weil das Konzept der Bebauung der Schankstraße dies nicht zulässt. In der Schankstraße ist eine neue Wohnbebauung geplant mit Grünfläche und echter Aufenthaltsqualität im Innenhof für die dort wohnenden Menschen. Da verbietet es sich, einen öffentlichen Durchgang dort zu errichten. Gerne stehen wir jederzeit für weitere Auskünfte und Anregungen zur Verfügung.“

Beigeordneter Ernst merkt ergänzend an, dass das Thema „Brandschutz“ im Rahmen der Baugenehmigung geklärt werden müsse. Es handele sich vorliegend um ein Privatgelände,

für welches ein vorhabenbezogener B-Plan zu erstellen sei; d.h. der Vorhabenträger müsse u.a. im Eigentum und in der Verfügungsgewalt des Geländes sein. In diesem Zusammenhang sei die Einrichtung einer Arbeitsgruppe nicht angebracht.

Ratsmitglied Schuh (FWM/FDP-Fraktion) erklärt, dass er mit Blick auf künftige Projekte um eine frühzeitige Information des Stadtrates gebeten habe. In diesem Zusammenhang habe er von einer möglichen Einrichtung einer Arbeitsgruppe gesprochen.

Bürgermeister Hoffeld entgegnet, dass die Verwaltung zügig ab Kenntnis von dem Projekt mit dem Thema in die Gremien gegangen sei. Natürlich habe es im Vorfeld auch Gespräche und Abstimmungen gegeben. Am Ende sei jedoch entscheidend, was der Investor vorlege.

Beschluss:

Der Antrag der Grünen-Fraktion wird mit fünf Ja-, 24 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Es erfolgt der Beschluss:

1. gemäß § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. §§ 12 und 13 BauGB zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Ehemalige Markthalle“ im Stadtteil Merzig der Kreisstadt Merzig im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB,
2. über die Annahme des Bebauungsplanentwurfs und
3. für die Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	0	5

3

Entschädigung von Stadtratsmitgliedern; hier: Kosten für die Betreuung von Kindern und kranker/pflegebedürftiger Familienmitglieder während der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse (Antrag von B90/Die Grünen)

2020/320
zurückgezogen

Ratsmitglied Santo (B90/Die Grünen) erklärt, dass der erste Schritt zu familienfreundlichen Sitzungsterminen getan sei. Eine Sitzung sollte laut Geschäftsordnung nicht länger als drei Stunden dauern. Doch diese drei Stunden könnten eine lange Zeit für ein Familienmitglied sein, das warte. Ihre Kinder wisse sie in der guten Obhut ihres Mannes. Auch die Terminplanung für den vergangenen Januar habe dank der guten Kommunikation mit der Verwaltung funktioniert. Sie stellt die Frage, ob die Kolleginnen und Kollegen, die auf professionelle Betreuung angewiesen seien, weil es niemanden zu Hause gebe, der diese übernehmen könne, auf ihren Kosten sitzen bleiben sollen. Die Grüne-Fraktion beantworte diese Frage mit „Nein“ und habe deshalb den Antrag der Finanzierung von Kosten der Betreuung von Kindern und kranker bzw. pflegebedürftiger Familienmitglieder während der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse gestellt. Die Teilnahme an Ausschuss- und Ratssitzungen könne mit dieser Maßnahme für Frauen und Männer mit Sorgeverpflichtungen vereinfacht werden. Im Zeitalter der Digitalisierung sollten auch andere Maßnahmen in Erwägung gezogen werden. „Wir sind hier nur in Merzig“ wäre eine beschämende Ausrede. Man sollte nicht vergessen, dass man sich besser auf die Arbeit konzentrieren könne, wenn man eine Sorge weniger hätte. Wenn man die Sorgeverpflichtung ernst nehme und die Vereinbarkeit von Er-

werbstätigkeit, Kindererziehung, Pflege und politischem Mandat fördere, setze der Merziger Rat ein Zeichen und rege zugleich das politische Engagement junger Menschen, von Frauen, Alleinerziehenden und Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen an. Denn es sei nicht auszuschließen, dass diese in den Regionalparlamenten aus diesem Grunde unterrepräsentiert seien. Man sollte die aktuellen Strukturen auch an die Aktualität anpassen. „Es war schon immer so“ sei kein guter Slogan.

CDU-Fraktionssprecher Auweiler erklärt, auch seine Fraktion trete für die Teilhabe ein, und zwar im rechtlichen Rahmen. Zuzeit sei eine Erhöhung der Sitzungsgelder aus diesem besonderen Anlass nicht möglich; d.h. der Rat würde mit Blick auf den Antrag einen rechtswidrigen Beschluss fassen. Das werde die CDU nicht mittragen. Es sei jedoch bereits eine Initiative des Saarländischen Städte- und Gemeindetages (SSGT) gestartet worden, um die rechtlichen Möglichkeiten zu schaffen. Seine Fraktion sehe im Hinblick auf die Betreuungskosten kein Problem. Es handele sich um ein Ehrenamt und alle Mitglieder erhielten auch eine Aufwandsentschädigung (Monatspauschale und Sitzungsgeld). Die Gewährung von zusätzlichen 50 € zur Zahlung von Betreuungskosten würden pro Sitzung 75 € verursachen plus der Monatspauschale. Bei acht Sitzungsterminen im Monat würden dies zusätzlich 400 € betragen plus die ohnehin gewährte Monatspauschale. Er glaube, dies sei in der heutigen Zeit nicht zu vermitteln, wenn so viel Geld für ein Ehrenamt gezahlt werde. Die CDU-Fraktion erachte den derzeit gezahlten Betrag für absolut ausreichend. Seine Fraktion befürworte die Erstellung eines Terminplans durch die Verwaltung, den alle Ratsmitglieder rechtzeitig im Vorfeld für ein halbes Jahr erhielten. Dieser helfe bei der persönlichen Terminplanung. Auch vom Grundsatz der Gleichbehandlung her – auch dies erläutere die Vorlage sehr deutlich – wäre eine solche Entscheidung nicht vermittelbar. Daher werde die CDU-Fraktion der Verwaltungsvorlage folgen.

Ratsmitglied Oehm (SPD) berichtet von seiner persönlichen Situation als Vater von zwei Kindern mit zum Teil pflegebedürftigen Eltern. Von daher wisse er sehr gut, was es bedeute, neben Beruf und Familie noch ein Ehrenamt auszuüben. Ein Ehrenamt sei kein Zweitberuf, auch wenn die Belastung teilweise ähnlich hoch sei. Der SSGT habe seine rechtliche Bewertung abgeben und es fehle letztendlich an einer Rechtsgrundlage. Obwohl das Ziel lohnenswert sei, würde der Rat einen rechtswidrigen Beschluss fassen. Deshalb könne auch die SPD-Fraktion dem vorliegenden Antrag nicht folgen. Nichts desto trotz gebe die SPD das Signal an den SSGT weiter, auf die Rechtsgrundlagen einzuwirken, um in naher Zukunft eine Änderung herbeizuführen.

Grünen-Fraktionssprecher Borger bringt seine Freude über die klare Zustimmung der CDU- und der SPD-Fraktion zum Ausdruck, die erklärt hätten, im Falle einer Schaffung einer entsprechenden Rechtsgrundlage, die derzeit auf Landesebene vorbereitet werde, dem Ansinnen des Antrags zu entsprechen. Es gehe darum, dass die Grünen bereits seit Jahren versuchen würden, durch verschiedene Maßnahmen sowohl mehr Transparenz als auch Partizipation zu schaffen. Mit Beginn der neuen Amtszeit sei der Merziger Rat sehr verjüngt worden, was positiv sei. Mit „Jugend“ hänge auch das Thema „Kinder“ zusammen. In Zeiten des demographischen Wandels gebe es mehr Pflegebedürftigkeit. Vor diesem Hintergrund sei das beantragte Thema keine Merziger Erfindung. Die großen Flächenstaaten hätten diese Erstattung von Betreuungskosten bereits vor vielen Jahren eingeführt, um Kommunalpolitik attraktiver zu machen. Der SSGT habe dringend empfohlen, eine rechtliche Basis zu schaffen. Eine eigene Buchungsstelle zu schaffen, was aber nie von seiner Fraktion beantragt worden sei, sei rechtlich bedenklich. Allerdings könnte man im Rahmen des Auslagensatzes eine Regelung einführen. Wenn aber derzeit der SSGT an der Umsetzung des Themas sei, würde seine Fraktion abwarten. Er bitte aber darum, dass – wenn die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen seien – die klaren Aussagen der beiden großen Fraktionen dann auch zum Tragen kommen. Insofern würde die Grünen-Fraktion die Entscheidung des saarländischen Innenministeriums abwarten und hoffen, dass Stadtratsarbeit in Zukunft noch etwas attraktiver werde.

Bürgermeister Hoffeld weist darauf hin, dass er widersprechen müsste, falls der vorliegende Antrag beschlossen werde.

Im Hinblick auf die weiteren im Antrag der Grünen angesprochenen Aspekte (andere Formen der Sitzungsteilnahme) verweist der Vorsitzende auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage.

Grünen-Fraktionssprecher Borger erklärt, dass seine Fraktion den Antrag zurückziehe und die Entscheidung des Innenministers abwarte.

3.1 Entschädigung von Stadtratsmitgliedern; hier: modifizierter Antrag B90/Die Grünen vom 25.01.2020 **2020/320-001**
zurückgezogen

Bürgermeister Hoffeld weist darauf hin, dass im Falle einer Erhöhung des Sitzungsgeldes diese Erhöhung für alle Ratsmitglieder gelten würde.

Bezug nehmend auf die Ausführungen zu TOP 3 wird der Antrag von der Grünen-Fraktion zugezogen.

Städtebauförderung

-Information über die neue Förderkulisse

4 -Festlegung Gebietszuschnitt Programmteil "Wachstum und nachhaltige Erneuerung" **2020/341**
ungeändert beschlossen

-Meldung Städtebauförderung 2020

Beschluss:

Der Gebietszuschnitt für den Programmteil „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ sowie die Meldung Städtebauförderung 2020 werden wie vorgeschlagen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
30	0	1

5 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel 1 (KInvFG I) - Änderung der Belegung des Fördervolumens **2020/381**
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Es wird beschlossen, das Fördervolumen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes Kapitel I (KInvFG I) mit zusätzlichen Maßnahmen an der Krippe Ballern sowie mit den neuen

Maßnahmen „Zusätzliche Sanierungen KiTa St. Peter“ und „Ersatzbeschaffung von Mannschaftswagen für die Feuerwehr“ zu belegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	0

6 Forstwirtschaftsplan 2020

2020/357
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Forstwirtschaftsplan 2020 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	5	3

7 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan 2020

2020/383
geändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld erklärt: „Der vorliegende Haushalt der Kreisstadt Merzig ist wie in den vergangenen Jahren von der Schieflage der kommunalen Finanzen im Saarland geprägt und schließt im Ergebnisplan mit einem jahresbezogenen Verlust von 5,3 Mio € ab. Das zahlungsbezogene Defizit beläuft sich auf rd. 2,8 Mio. €. Mit dem Saarlandpakt sind ab 2020 neue Rahmenbedingungen geschaffen worden. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt der Stadt Merzig: Im Rahmen des Saarlandpaktes übernimmt das Land rd. 24 Mio. € Altschulden und tilgt die Schulden bis 2064. Das Land leistet damit eine Schuldenerleichterung, die zu einer deutlichen Zinsentlastung bei der Stadt führt. Gleichzeitig muss die Stadt Merzig die verbleibenden Schulden ebenfalls bis 2064 tilgen und hierfür jährlich ab 2020 eine Mindesttilgung erwirtschaften. Diese beträgt rd. 460 T€ und steigt jährlich. Dies bedeutet eine zusätzliche Belastung des Ergebnishaushalts. Bis 2024 muss das strukturelle zahlungsbezogene Defizit auf 0 reduziert sein. Dies bedeutet eine jährliche Mehrbelastung von rd. 315 T€. Damit keine neuen Kassenkredite mehr entstehen, ist der Haushalt ab 2024 strukturell zahlungsbezogen auszugleichen. Die verbleibenden KELF-Mittel werden auf alle Kommunen verteilt und können sowohl für Investitionen als auch für Sanierungsmaßnahmen größeren Umfangs verwendet werden. In 2020 wird der Saarlandpakt den Handlungsspielraum im Ergebnishaushalt um rd. 250 T€ einschränken. In den Folgejahren erhöht sich dieser Betrag sukzessive durch Abschmelzung der KELF-Mittel und Steigerung der Mindesttilgung und wird in 2023 einschließlich der Auswirkungen der Schuldenbremse rd. 1 Mio. € betragen.

Auf den Investitionshaushalt wirkt sich der Saarlandpakt positiv aus: Die Stadt erhält in 2020 zusätzliche Investitionszuweisungen i.H.v. rd. 448 T€. Darüber hinaus wird sich ab 2021 der zulässige Kreditrahmen erhöhen, so dass sich der Spielraum für Investitionen bis 2022 erhöht. Die Stadt erfüllt mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf die Vorgaben des Saarland-

paktes, die aber noch weniger Spielraum zulassen, als die Einhaltung der Defizitobergrenze in den Vorjahren. Der Saarlandpakt wird auch in Zukunft den städtischen Haushalt beherrschen. Die Vorgaben einzuhalten, wird bei stetigen Kosten- und Tarifsteigerungen und auch durch notwendige Neueinstellungen im Kita-Bereich von Jahr zu Jahr schwieriger. Es bleibt zu hoffen, dass der Bund sich an der Entschuldung der Kommunen beteiligt.

Investitionen

Über das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) erhalten die Kommunen Zuschüsse. Dadurch ist es möglich, im Jahr 2020 zusätzlich rd. 840 T€ zu investieren. Hinzu kommen weitere 2 Mio. €, die über sonstige Zuschussprogramme und Bedarfszuweisungen gefördert werden. Der Haushalt 2020 enthält investive Einzahlungen und Auszahlungen in Höhe von rd. 7,1 Mio. €. Neben einer Kreditaufnahme in Höhe von rd. 1,3 Mio. € ist für 2020 eine Sonderkreditaufnahme von 460 T€ vorgesehen, um den durch Zuschüsse nicht gedeckten Eigenanteil der Stadt für notwendige Investitionen im Bereich der Kindertagesstätten/Krippen finanzieren zu können.

Im Bereich der Kindertageseinrichtungen sind in 2020 für den Ersatzneubau der integrativen Kindertagesstätte der Lebenshilfe und die Erweiterung/Sanierung der Kita St. Josef rd. 1,8 Mio. € vorgesehen. Neben Restmitteln aus anderen Kindergartenmaßnahmen wird die weitere Finanzierung im Folgejahr sichergestellt. Die Erweiterung der KiTa St. Peter ist ebenfalls unabdingbar. Für die übergangsweise Auslagerung ins Fellenbergstift sowie für die Planung eines Teilersatzneubaus werden 400 T€ bereitgestellt. Die KiTa St. Marien Brotdorf erhält wegen Mehrkosten der laufenden Maßnahme einen weiteren Investitionszuschuss von 72 T€. Im Bereich der Grundschulen soll in 2020 ein Investitionsvolumen von rd. 1,2 Mio. € umgesetzt werden, in 2021 weitere rd. 650 T€. Hierin enthalten sind Mittel aus dem Digitalpakt. Förderschule Brotdorf: Für dringende Brandschutzmaßnahmen werden 330 T€ unter Beteiligung des Landkreises bereitgestellt. Unser Schwerpunkt liegt auch mit dem Haushalt 2020 im Bereich der Kitas und Grundschulen.

Darüber hinaus investieren wir in weitere größere Investitionen. In Stichworten: Fortsetzung des Endausbaus von Straßen in Baugebieten, Erschließung Gewerbegebiet Haardt Besse-
rungen, Umbau Haltestellen (Barrierefreiheit – Niederflur), Saarufergestaltung (Planfeststellung), Sanierung Sportanlage Blättelborn, Förderung des Radverkehrs, Fortsetzung Verbesserung Wege auf mehreren Friedhöfen.

Zu den Einzelheiten zur Entwicklung der Haushaltswirtschaft und zum Thema Haushaltskonsolidierung verweise ich auf den Vorbericht zum Haushaltsplan.

Die Ortsräte wurden zum Haushaltsentwurf gehört. Teilweise wurde dem Entwurf zugestimmt, teilweise wurden weitere Anregungen zur Umsetzung vorgeschlagen. Ich bedanke mich bei den Ortsräten, die sich mit der Thematik auseinandergesetzt haben. Ein besonders großes Lob richte ich an alle Kolleginnen und Kollegen in den Fachbereichen, die versucht haben, zu sparen, um letztendlich zu einem guten Ergebnis zu kommen. Ein Dankeschön gilt dem Bereich „Finanzmanagement“ mit Frau Müller und ihrem Team, die eine sehr gute und wichtige Arbeit geleistet haben.

Stellenplan

Der demografische Wandel betrifft alle Bereiche von Staat und Gesellschaft und so auch die Personalstrukturen der öffentlichen Arbeitgeber. Hiervon ist natürlich auch die Stadtverwaltung Merzig betroffen: So steigt das Durchschnittsalter der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stetig an, so dass in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren nahezu die Hälfte der Beschäftigten in den Ruhestand gehen wird. Gleichzeitig steigt die Konkurrenz mit der Privatwirtschaft und auch mit anderen öffentlichen Arbeitgebern auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt um qualifizierte Nachwuchskräfte.

Attraktive Beschäftigungsbedingungen sind daher unerlässlich, um leistungsstarkes und qualifiziertes Personal für sich gewinnen und nachhaltig an sich binden zu können. Die hierfür erforderliche vorausschauende Personalpolitik schließt daher – trotz aller haushaltspolitisch gebotenen Sparzwänge – eine aufgabengerechte Personalausstattung, innerbetriebliche Qualifizierungsmaßnahmen sowie eine leistungsgerechte Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unbedingt ein.

Neben der konsequenten Umsetzung des im Juni 2018 beschlossenen Ausbildungskonzeptes enthält der Stellenplan 2020 folglich auch leistungsbedingte Beförderungen und Höhergruppierungen, häufig durch die Übernahme höherwertiger Tätigkeiten infolge von Ruhestandseintritten. Die professionelle Bündelung von Marketingaktivitäten ist heute unerlässlich, um einen Wirtschaftsstandort wie die Kreisstadt Merzig im Wettbewerb mit anderen Städten für die Zukunft zu stärken. Attraktiv wahrgenommene Standorte ziehen Menschen und somit auch Kaufkraft an. Zudem bewirkt eine professionelle Marketingstrategie eine bessere Positionierung im Wettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen und führt zur Schaffung neuer Arbeitsstellen für Fachkräfte. Wichtiger Bestandteil ist hier der Tourismus als wachsender Wirtschaftsfaktor. Deshalb weist der Stellenplan 2020 durch Neubewertung einer vorhandenen Beamtenstelle nun die Stelle eines verantwortlichen Mitarbeiters für Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit aus.

Um der fortschreitenden Digitalisierung insbesondere im Bereich der Grundschulen Rechnung zu tragen und die hierzu erforderlichen personellen Ressourcen zu schaffen, weist der Stellenplan gemäß Beschluss des Stadtrates vom 12.06.2019 zudem die Stelle eines zusätzlichen Fachinformatikers aus.

In den Kindertagesstätten machen steigende Betreuungszahlen und hohe Belastungen des vorhandenen Personals weitere Ergänzungen im Stellenplan erforderlich. Um hier künftig sehr flexibel reagieren zu können, weist der Plan drei neue Springerstellen für Erzieherinnen aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, dem Haushalt 2020 einschließlich Stellenplan zuzustimmen und eröffne die Aussprache.“

CDU-Fraktionssprecher Auweiler erklärt, die CDU-Fraktion werde dem Stellenplan zustimmen. Seine Fraktion danke nicht nur denjenigen, die zur Aufstellung dieses genehmigungsfähigen Haushalts beigetragen haben, sondern auch allen anderen, die die Kreisstadt Merzig nach vorne bringen. Gerade die Leistungsträger in der Verwaltung müssten trotz der angespannten Haushaltslage Zeichen bekommen, damit sie nicht von der Privatwirtschaft und anderen Behörden abgeworben werden und die qualifizierte Arbeit der letzten Jahre fortgesetzt werden könne.

Die CDU-Fraktion werde dem vorliegenden Haushaltsplan mit einer Änderung zustimmen. Die CDU wolle einen Sperrvermerk mit Freigabe durch den Fachausschuss für die Buchungsstelle „Bewirtschaftungskostenzuschüsse Sportvereine“ (insgesamt 31.000 €). Zur Begründung führt CDU-Sprecher Auweiler aus, dass sich seine Fraktion natürlich für die Förderung der sport- und kulturtreibenden Vereine einsetze. Im Ausschuss sei noch keine einheitliche Linie für ein zukunftsfähiges Konzept gefunden worden. Die CDU wolle deshalb im Haushalt keine Tatsachen schaffen und deshalb diesen Sperrvermerk beantragen.

Mit Blick auf die Haushaltslage sei es nicht möglich, alle Wünsche zu erfüllen. Die CDU stehe für eine seriöse Finanzierung, die ausgeglichen sei zwischen den Stadtteilen – mit den verfügbaren Mitteln, die eingeschränkt seien. Im Hinblick auf den Ergebnishaushalt (minus 5,3 Mio €) und das zahlungsbezogene Defizit (-2,8 Mio. €) habe man bereits einen Ressourcenverbrauch. Ziel müsse es daher sein, die Vorgaben des Saarlandpaktes einzuhalten. Wichtig sei aber auch, Strukturhilfen vom Bund für gleichwertige Lebensverhältnisse zu erhalten. Vor diesem Hintergrund fordere die CDU-Stadtratsfraktion alle Bundestagsparteien

auf und wolle diese in die Pflicht nehmen, den Regionen, die diese Strukturhilfen benötigten, diese auch zur Verfügung zu stellen.

Durch den Saarlandpakt habe die Stadt einen wichtigen Beitrag geleistet. Merzig müsse zukunftsfähig bleiben und dafür sorgen, dass nachfolgende Generationen nicht auf einem Schuldenberg sitzen bleiben. Die Hälfte sei erledigt worden. Die CDU-Fraktion danke an dieser Stelle der Landesregierung, die den Saarlandpakt auf den Weg gebracht habe. Es sei jedoch nicht so, dass die Stadt nunmehr aus dem Vollen schöpfen könne. Durch Zinsen und Tilgungen habe die Stadt eine höhere Belastung. Auch das strukturelle, zahlungsbezogene Defizit müsse bis 2024 auf 0 gebracht werden (2020 betrage dieses 1.261 Mio €). Die CDU fordere Generationengerechtigkeit, deshalb müsse der Bund eine Entwicklung der Kommunen nicht nach Himmelsrichtungen, sondern nach Bedarf im Blick haben.

Der vorgelegte HH-Entwurf spiegele aus Sicht der CDU viele Punkte wider, welchen sie in der Vergangenheit zugesagt haben. Er richte der SPD als verlässlichen Partner seinen Dank aus, dass gemeinsam mit der Verwaltung etwas für die Kreisstadt entwickelt werden konnte.

Investitionen seien wichtig trotz der angespannten Haushaltslage. Im Haushalt seien allein knapp 5,56 Mio €, bei denen die Stadt knapp 4,05 Mio € Zuschüsse erhalte. Natürlich habe die Stadt bei Kreiszuschüssen wieder einen Eigenanteil zu tragen. Zusätzlich seien 496 T€ eingestellt für Grundstückserwerb, Endausbau von Straßen und ökologische Ausgleichsmaßnahmen. Mit zusätzlichen 1,03 Mio € ohne Zuschüsse werde ebenfalls ein wichtiges Zeichen gesetzt. Das bedeute insgesamt 7,085 Mio € für ein liebes- und lebenswertes Merzig. Deshalb werbe er parteiübergreifend für den vorgeschlagenen Haushalt.

Mit Blick auf den Schwerpunkt „Kinder- und Familienpolitik“ erwähnt CDU-Fraktionssprecher Auweiler die KiTa St.Josef und das Schneckenhaus, St. Peter in Merzig, St. Marien Brotdorf, St. Josef Hilbringen, KiTa Schwemmlingen und die freien Träger mit insgesamt knapp 2,5 Mio. €. Auch bei den Grundschulen (Besseringen und Schwemmlingen, Förderschule Brotdorf 1.172.000 €), weitere Ausstattung, wie z.B. Turngeräte (61.000 €), die Digitalisierung (200.000 €), Planungskosten GGTS und Umbau Bietzen 220.000 €. Im Bereich der Grundschulen würden somit zusätzliche 1,653 Mio € investiert. Kinder und Familien würden daher auch weiterhin einen wichtigen Stellenwert in der Kreisstadt Merzig behalten.

Merzig als „Sport- und Kulturstadt“ habe in den letzten Jahren durch verschiedene Veranstaltungen deutlich an Aufwind gewonnen. Dies solle auch fortgeführt werden. Das Blättelbornstadion sei die zentrale Sportstätte in Merzig, nicht nur für städtische, sondern auch für die weiterführenden Schulen. Das Stadion solle weiterhin ein Aushängeschild sein, um der Bezeichnung „Sport- und Kulturstadt“ auch in Zukunft gerecht zu werden. Insgesamt seien 890.000 € im Haushalt eingestellt. Dies sei aus Sicht seiner Fraktion der erste Schritt und die CDU hoffe, in Zukunft noch weitere Schritte vollziehen zu können. Auch die Stadtteile seien berücksichtigt. Beispielhaft erwähnt CDU-Sprecher Auweiler das Sportlerheim Besseringen, für das 40.000 € veranschlagt seien.

Die CDU wolle unsere Heimat weiterhin erlebbar machen und die Stadtteile weiterentwickeln. Hervorheben wolle er den HH-Ansatz „Bürgerhaus Mondorf“ (14.000 €). Er danke an dieser Stelle dem Ortsvorsteher mit seinem Team. Auch die Ortsdurchfahrt Besseringen solle verbessert werden – hier habe es eine aktive Bürgerbeteiligung gegeben. 799.000 € seien dafür eingestellt. „Bietzerberg Dorfentwicklung“: 50.000 € seien eingestellt, davon gebe es 37.500 € an Zuwendungen. Die CDU-Fraktion wolle dies für alle Stadtteile durchführen. Weiter für unsere Heimat wichtig seien die Feuerwehren, wofür 125.000 € im Haushalt vorgesehen seien.

Er begrüße die Einstellung einer VE in Höhe von 220.000 € zum Erwerb/Abriss nicht erhaltungswürdiger Bausubstanz in Ortsteilen. Ortsteile und Innenstadt würden zusammen

gehören. Mit Blick auf die Innenstadt solle eine Gestaltungssatzung auf den Weg gebracht werden (30.000 €); seine Fraktion begrüße ebenfalls die Einstellung von Planungskosten für Saarufergestaltung (100.000 €) und den Seffersbachbereich (50.000 €).

Schön wäre es, wenn die Stadt die 700.000 € für die Maßnahmen, die zur Städtebauförderung gemeldet worden seien - Saarufer / Bahnhof - erhalten würde.

Viele Maßnahmen würden Stadt und Stadtteile miteinander verbinden: Den Umbau zu barrierefreien Haltstellen (120.000 €) begrüße seine Fraktion und weitere sollen folgen. Zusätzlich zu den Planungskosten für den Neubau eines Baubetriebshofs sind 197.000 € für Fahrzeuge / Maschinen vorgesehen.

Friedhöfe / Verbesserung Wege (45.000 €) sowie die Förderung Radverkehr (100.000 €) seien weitere wichtige Themen. Die CDU sehe die Umweltstadt Merzig. Man sehe, dass es nicht erst seit Ende 2018/2019 Ideen gebe, sondern der Natur- und Klimaschutz den Rat schon deutlich länger beschäftige.

Die CDU sei froh, dass erneut Maßnahmen getroffen worden seien, um den Wirtschaftsstandort Merzig zu stärken: Gewerbegebiet Haardt – seit 25 Jahren sei kein Gewerbegebiet mehr in dieser Größe erschlossen worden. Dies sei ein toller Erfolg. Ein Schlüssel zum Erfolg seien die Gewerbegebiete und die Innenstadt.

Insgesamt bekomme die Stadt weniger Schlüsselzuweisungen (-2,8 Mio €), die zum größten Teil kompensiert worden seien durch die gute Entwicklung bei der Gewerbesteuer. Sozial sei, was Arbeit schaffe, und die Stadt schaffe in der Region Arbeitsplätze.

Die CDU-Fraktion wolle in Merzig alle Menschen mitnehmen. Deshalb befürworte er, dass ein Streetworker generiert werde. Ferner erwähnt CDU-Sprecher Auweiler das Gemeinwesenstreff Saarbrücker Allee, wo 2020 33.000 € und 2021 66.000 € eingestellt seien. Die CDU wolle eine gesamte Linie im Sozialbereich haben, den Menschen - unabhängig von Herkunft und Einkommen - Perspektiven bieten. Die Sozialpolitik müsse nachhaltig, dauerhaft und transparenter werden. Man müsse gemeinsam und koordiniert auf und mit allen Ebenen an diesem für Merzig wichtigen Thema arbeiten. Deshalb kündige er für die CDU-Stadtratsfraktion einen Antrag auf Einrichtung einer AG Kommunale Sozialpolitik an. Er bitte um Zustimmung zum Haushalts- und Stellenplan zum Wohle der Kreisstadt.

SPD-Fraktionssprecher Klein erklärt: „Bevor ich zum Haushalt unserer Stadt komme, sei mir eine allgemeine Bemerkung erlaubt, die mich sehr nachdenklich macht und die es wert ist, heute in diesem Zusammenhang genannt zu werden. Im internationalen Vergleich ist Deutschland ein reiches, ein sicheres und ein soziales Land. Die Stimmung im Lande ist aber vergleichsweise schlecht! In Teilen der Medien und sozialen Netzwerken ist Deutschland ein von Katastrophen und „NOTSTÄNDEN“ geprägtes Land. Gerade der „Begriff“ „NOTSTAND“ zeigt das eindeutig (auch in Merzig). Notstand ist eine höchst bedrohliche Ausnahmesituation. Ich glaube, dass wir einen sachlichen Ansatz hier längst verlassen haben. Notstände behindern unseren Blick: z.B. der „Klimanotstand“ – Pflegenotstand – Wohnungsnotstand – Finanznotstand – Infrastrukturnotstand – Verkehrsnotstand – Waldnotstand – Biodiversitätsnotstand. Wir lösen damit keine Probleme, meine Damen und Herren, beschreiben sie aber gerne und zwar möglichst drastisch und oft auf populistische Weise und (selbst) zweckorientierter Absicht.

Deutschland hat sich zu einer Schlagzeilenrepublik mit sehr viel Empör- und Betroffenheitspolitik entwickelt. Es war noch immer so: wer Ängste schürt, erreicht nichts damit. Menschen aus dem Ausland, die das bei uns in Deutschland beobachten, reagieren mit Kopfschütteln. „Aussagen“: Eure Probleme möchten wir haben – sind oft zu hören. An diesem Punkt möchte ich die Überleitung finden zu unserer Heimatstadt – zur Situation in Merzig und dem vorliegenden Haushaltsentwurf für dieses Jahr.

Wie überall zu lesen und zu hören ist: die Steuereinnahmen des Bundes sprudeln. Klarer Fakt aber ist, dass an der „Basis“, dort wo sich das gesellschaftliche Leben abspielt, nämlich in unseren Städten & Gemeinden, zu wenig von dem Geld ankommt, die Umverteilung nicht zeitgemäß und zukunftsorientiert ist. Der gesetzliche Versorgungsauftrag der Städte und Gemeinden ist in Frage gestellt. Neue Gesetze und Reformvorhaben werden unsere kommunalen Haushalte zusätzlich belasten (d.h. stetig strukturelle Unterfinanzierung). Sogar der saarl. Städte- und Gemeindetag warnt davor, dass unter diesen Voraussetzungen „auch mit dem Saarlandpakt“, kaum eine Entlastung der kommunalen Haushalte spürbar sein wird. Das mehrfach angemahnte Konnexitätsprinzip (Wer bestellt – der bezahlt) wird wie so oft nicht angewandt.

So werden finanzielle Spielräume durch den Saarlandpakt teilweise wieder einkassiert, an anderer Stelle sehr oft letztendlich mittelbar über die Kreisumlage.

Beispielhaft nenne ich hier:

- das Angehörigen – Entlastungsgesetz
- die Hilfe zur Pflege wird steigen
- die Kosten durch den geplanten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen.
- die Mehrbelastungen werden sich weiter erhöhen durch Kosten des Klimawandels und der Digitalisierung in Verwaltung und Schulen usw. und vieles mehr

Meine Damen und Herren, dennoch sehen wir den Saarlandpakt insgesamt positiv und notwendig auf dem Weg einer Entschuldung unserer Kommunen, auch unserer Stadt. Der Bund muss sich kurzfristig, insbesondere bei dem Milliardenüberschuss an Steuereinnahmen, zu einer Altschuldenhilfe durchringen, ganz besonders für die klammen Kommunen in den Ländern, wie z.B. das Saarland, Rheinland- Pfalz. Der Haushaltsplan ist in diesem Jahr wieder eine große Herausforderung (für die Verwaltungsspitze, aber auch für den Stadtrat). Danke an dieser Stelle an die Verantwortlichen für die Erstellung des vorliegenden Haushaltsentwurfes. Allen Respekt vor der Arbeit des Teams unserer Kämmerei.

Einen Satz im Vorbericht des Haushaltsentwurfes für dieses Jahr sehen wir als wichtig an. „Die Stadt Merzig erfüllt mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf die Vorgaben des Saarland-Paktes“. Die SPD- Fraktion sieht die Haushaltsposition „Investitionen“ im Haushalt sehr positiv. 7,1 Mio/€ stehen uns für Investitionen zur Verfügung.

- dabei liegen die Schwerpunkte im Bereich der Schulen & KiTa's,
- dem Endausbau von Straßen
- Förderung und Stärkung des Radverkehrs
- die Erschließung von Gewerbegebieten
- Aufrüstung im IT- Bereich
- Umbau von behindertengerechten Haltestellen
- Investitionen in Sportanlagen
- Investitionen in die Feuerwehr & den Baubetriebshof

Hier möchte unsere Fraktion nochmal darauf hinweisen, dass Investitionen im Bereich der Feuerwehren als Pflichtaufgaben zu bewerten sind, und z.B. das Feuerwehrhaus in Brotdorf mit hoher Priorität eingestuft wird von uns. Ebenso eindringlich wiesen wir auf eine zeitnahe Umsetzung der beschlossenen Standortverlegung unseres Baubetriebshofes hin.

Erfreulich ist die anhaltend gute Entwicklung der Gewerbesteureinnahmen. Wozu natürlich in diesem Jahr auch die Verringerung der Gewerbesteuerumlage in Höhe von 1 Mio/€ beiträgt. Sehr kritisch sehen wir auch in diesem Jahr wieder die stetig steigende Kreisumlage. In diesem Jahr um 700.000€. 1/3 des Kreishaushaltes finanziert die Stadt- Merzig (hier zur Erinnerung). Unser strukturelles, also zahlungsbezogenes Defizit im Haushalt ist dieses Jahr

um rd. 800.000€ gestiegen. In diesem Fall aber größtenteils auf den Wegfall der jährlichen Tilgungserstattung für ein Darlehen im Bereich des Abwasserbetriebes zurückzuführen.

Die SPD- Fraktion begrüßt sehr die Absenkung der Kitabeiträge. Das ist ein ganz wichtiger & großer Schritt hin zur „Gebührenfreiheit“ in unseren saarl. KiTa's. Was immer ein Ziel der SPD-Fraktion war. So nachzulesen in vielen Stadtratsprotokollen; schon zu Zeiten von Dieter Ernst. Die qualitative Stärkung und Aufrüstung unserer Schulen & KiTa's sind aus Sicht unserer Fraktion ein elementar wichtiger Punkt im Haushalt & in der gesamten Kommunalpolitik unserer Stadtentwicklung.

Die SPD- Fraktion erachtet es als äußerst wichtig, dass Merzig weiterhin im Konzert der Mittelzentren und Stadt im Dreiländereck (eine wichtige Rolle einnimmt). Deshalb müssen wir bei der Gestaltung unserer Haushalte immer wieder auch über den Tellerrand schauen, die Gesamtentwicklung, die Vernetzung außerhalb unserer Stadtgrenzen im Auge behalten. Unsere Stadt weiterentwickeln und die Einhaltung der Schuldenbremse. Jedes Jahr muss dieser Drahtseilakt auf's neue vollzogen werden.

Ein Herzensanliegen der SPD- Fraktion ist weiterhin der soziale Wohnungsbau. D.h. für uns:

- bezahlbare & bedarfsgerechte Wohnungen für Jung & Alt
- Ballern & die Schalthausiedlung sind ein positives Beispiel... kann aber nur der Anfang sein. Die SPD- Fraktion wird an diesem Thema dranbleiben.

Sorgen macht uns aber im Moment die Gesamtentwicklung in der gesamten Gesundheitslandschaft des Saarlandes. Die bis jetzt vorliegenden konzeptionellen Rohentwürfe sind jedenfalls nicht dazu geeignet, den Gesundheitsstandort, unser Klinikum- Merzig, zu stabilisieren oder gar zu stärken. Diese Entwicklung in der saarl. Krankenhaus – Landschaft und ihre evtl. negativen Auswirkungen auf unser Merziger Klinikum werden wir mit Argusaugen begleiten und entsprechend frühzeitig reagieren in Merzig. Wir werden keine Gefährdung oder Schwächung des Krankenhauses Merzig mitmachen. Das wird auf massiven Widerstand stoßen. Der Stadtrat Merzig sollte hierzu eine gemeinsame Position einnehmen; und dies auch kundtun. Die SPD – Fraktion hat unserem Bürgermeister einen entsprechenden Antrag übergeben, der im Hauptausschuss und im Stadtrat gemeinsam beraten und verabschiedet werden soll in der nächsten Stadtratssitzung.

Unsere Beteiligungsgesellschaften sind ein wichtiger & fester Bestandteil der Stadt Merzig. Unsere Fraktion sagt an dieser Stelle Danke für die gute Arbeit der Verantwortlichen. Stellvertretend sagen wir Danke:

- Herrn Daniel Barth
- Herrn Thomas Klein
- Herrn Martin Simon
- Herrn Werner Gasper und natürlich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Gesellschaften.

Die Wald- und Forstwirtschaft ist ökologisch und ökonomisch gut ausgewogen. Das Gesamtkonzept unserer Stadt erfährt landes- und bundesweit höchste Anerkennung, selbst wenn hier Experten ständig anderes behaupten. Anerkennung dafür seitens unserer Fraktion, ein großes Lob an die Verantwortlichen der städtischen Forstwirtschaft.

Ein wesentlicher & sehr wichtiger Teil des uns vorliegenden Haushaltsentwurfes ist der Stellenplan. Auch hier bezieht unsere Fraktion klar Stellung: die Personalaufstockung insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung, Ordnungsdienst, Umweltbereich und IT Bereich ist dringend geboten und gerechtfertigt. Wir betonen an dieser Stelle ausdrücklich: In schwierigen Haushaltssituationen dürfen wir den Personalplan und die Personalkosten nicht als mögliches Sparschwein sehen. Gut ausgebildetes, gut bezahltes und gut motiviertes Personal, das ist unser städtisches Kapital. Wehrt den Anfängen, deshalb gute Nachwuchskräfte ausbilden; Der Facharbeitermangel in allen Kommunen, im Handwerk, in der Industrie nimmt eine ganz bedeutende Rolle ein in der gesellschaftlichen Entwicklung in allen Bereichen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die SPD- Fraktion sagt an dieser Stelle Danke an unsere Merziger Vereine, Beiräte, Organisationen und Einrichtungen für ehrenamtlichen Einsatz in unserer Stadt. Das Ehrenamt in all seinen Formen ist der Schmierstoff einer funktionierenden Gesellschaft. Danke auch an die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion für die konstruktive Zusammenarbeit im Sinne einer positiven Entwicklung unserer Stadt.

Die SPD- Fraktion stimmt dem Haushalts- und Stellenplan zu.“

Grünen-Fraktionssprecher Borger merkt mit Blick auf die Ausführungen von SPD-Fraktions-
sprecher Klein an, dass er einen ganz anderen Eindruck der öffentlichen Wahrnehmung un-
seres Landes auf der Welt habe. Auch wenn die Stadt Merzig zu den am höchsten verschul-
deten Kommunen im Saarland gehöre, wolle seine Fraktion dennoch in ihren Änderungen
bzw. Ergänzungen Akzente setzen. Und zwar Akzente, die die Grünen im Laufe der vergan-
genen Jahre immer wieder vorgetragen hätten. Es werde ja teilweise kritisiert, dass die Op-
position so viele Anträge stelle. Er sehe dies anders. Die politische Arbeit als Opposition wer-
de seine Fraktion weiterhin intensiv im Sinne der Sache führen. Die Grünen hätten auch
einen Wählerauftrag zu erfüllen und bestimmte Schwerpunkte, die über die bekannten The-
men wie Wirtschaftspolitik u.ä. hinausgehen würden. Er werde keine Nabelschau des vorlie-
genden Haushaltsplans betreiben; die Vorredner hätten ja die einzelnen Positionen aufgeru-
fen. Er wolle dies auch deshalb vermeiden, weil er ansonsten in die Vergangenheit blicken
und ein paar Positionen aufrufen müsste, die zu diesem massiven Schuldenstand in der
Stadt geführt hätten. Dies vermeide er, da es gelte, den Blick nach vorne zu richten.

Die Grünen-Fraktion habe zum vorliegenden Haushaltsplan ein paar Ergänzungen und er
werde am Ende auch mitteilen, was konkret auf die Stadt zukomme. Die überwiegende Zahl
der Vorschläge werde über sehr umfangreiche Förderkulissen – auch des Landes – zu 90
Prozent oder zu großen Teilen finanziert.

Zunächst beantrage die Grünen-Fraktion eine Namensänderung. Im Haushalt stehe „Pla-
nung/Umgestaltung Seffersbachbereich“. Stattdessen solle diese Buchungsstelle „Pla-
nung/Umgestaltung Bereich Gustav Regler-Platz“ heißen. Der Seffersbach gehe von der
Saar bis hoch nach Brotdorf. Deshalb wolle seine Fraktion eine Konkretisierung, dass es
wirklich um den Kernbereich um den Gustav Regler-Platz gehe.

Aus den positiven Erfahrungen im Hinblick auf das Dorfentwicklungskonzept in Besseringen
beantrage die Grünen-Fraktion Dorfentwicklungskonzepte für Hilbringen und Schwemlingen.
Das gesamte Verfahren in Besseringen sei vorbildlich gewesen. So stelle er sich Dorfent-
wicklung vor, nicht nur eine politische Dorfentwicklung, die im Rat beschlossen werde. Sol-
che Dorfentwicklungen müssten von der Bevölkerung entwickelt und getragen werden. Je-
weils 20.000 € sollen dafür veranschlagt werden.

Die Grünen würden nach wie vor auf die Herstellung von gastronomienahen Parkplätzen am
Wolfspark bestehen. Das Interessenbekundungsverfahren sei abgeschlossen, es habe auch
eine Bewerbung gegeben. D.h. dort werde in Kürze ein Gastronomiegebäude entstehen. Je-
der Mensch wisse, dass Gastronomie auch Parkplätze vor Ort erfordere, da niemand, der die
Gastronomie außerhalb der Parköffnungszeiten besuche, was ja auch ein Ziel sei, vom
Waldfriedhof zu Fuß die Gastronomie aufsuchen werde. Flächen dafür seien vorhanden. Für
die Herstellung von Parkflächen am Wolfspark sollen 20.000 € eingestellt werden. Nach wie
vor wolle seine Fraktion den Schützenverein unterstützen, um Schallschutzmaßnahmen zu
ergreifen. Da diese Maßnahme touristisch begründet sei, habe seine Fraktion 80.000 € ein-
gesetzt.

Die Grünen-Fraktion beantrage, dass die Wege im Stadtpark wieder instand gesetzt werden.
Seit der Umgestaltung könne man sich im Stadtpark nach Regen nur noch mit Gummistiefeln
bewegen. Er gehe davon aus, dass dies die Stadt im Wege der Gewährleistung keinen Cent

koste. Zur Zeit der Baumaßnahmen hätten die Grünen mehrfach darauf hingewiesen, dass die Arbeiten nicht fachgerecht ausgeführt worden seien. Es fehle eine Entwässerung, es sei in den nassen Boden reingebaut worden. Leider seien ihm die Unterlagen bis heute nicht zur Verfügung gestellt worden. Er habe die Stadtverwaltung gebeten, ihm die Leistungsbeschreibung dieser Baumaßnahmen im Stadtpark sowie das, was verbaut worden sei, zur Verfügung zu stellen. Was umgesetzt worden sei, widerspreche allen Grundsätzen des Wegebbaus. Um diese Wegeschäden zu reparieren, sollen 100.000 € eingestellt werden. Allerdings solle sich die Stadt diese Kosten bei demjenigen, der die Maßnahme nicht ordnungsgemäß durchgeführt habe, wieder zurückholen.

Mit 10.000 € wolle seine Fraktion die Unterhaltung des Bestandes an „Erholung/Stadtbild Tourismus“ fördern. Beispielhaft nennt Grünen-Fraktionssprecher Borger die kaputten Tafeln im Kiesweihergebiet, am Panoramaweg oder an den Wanderwegen im Bereich des Wolfsparks. Es solle in Zukunft stärker in den Bestand investiert werden, da es nichts bringe, immer nur neue Projekte anzugehen und sich nachher nicht mehr darum zu kümmern. Deshalb wolle seine Fraktion für das Thema „Unterhaltung/Bestand/Erholung/Stadtbild/Tourismus“ 10.000 € veranschlagen.

Seine Fraktion habe im Vorfeld die Fortschreibung des Durchgrünungskonzeptes, nicht nur für Merzig, sondern auch für die Stadtteile, beantragt. Es sei erklärt worden, dass derzeit kein Personal in der Verwaltung vorhanden sei, um dies umzusetzen. Deshalb wolle die Grünen-Fraktion dies durch Dritte umsetzen lassen. Die Stadt habe ein Durchgrünungskonzept, das für 5.000 € fortgeschrieben werden soll.

Ferner wolle seine Fraktion, dass der Blättelbornweiher endlich renaturiert werde und das Umfeld des Blättelbornweihers in einen attraktiven Zustand versetzt werde. Hierfür sollten 100.000 € bereitgestellt werden. Seine Fraktion fordere bereits seit Jahren eine Baumschutzsatzung. Der damalige Oberbürgermeister habe damals eine Baumschutzsatzung erarbeiten lassen, die im Entwurf vorliege. Es wisse, warum diese nicht verabschiedet worden sei, wolle jetzt aber nicht darauf eingehen. Wenn man die Baumentnahmen in den letzten Jahren in Merzig sich ansehe, werde dringend eine Baumschutzsatzung benötigt. Diese solle durch Dritte erarbeitet werden, da es ja kein fachkundiges Personal in der Verwaltung gebe, und werde mit 500 € hinterlegt. Baumschutzsatzungen gebe es landauf, landab; diese müsste man im Endeffekt nur abschreiben.

Die Grünen-Fraktion beantrage, die Gestaltungssatzung, die mit 30.000 € hinterlegt sei – erfrage sich, warum diese Kosten so hoch veranschlagt seien – mit wesentlich geringeren Ausgaben in Höhe von 2.000 € zu veranschlagen. Seine Fraktion habe die Erstellung einer Starkregenkonzeption beantragt. Die Verwaltung habe mitgeteilt, dass diese beauftragt worden sei, allerdings habe er keine Haushaltsmittel im Plan gefunden. Ferner plädiere er für die Beauftragung eines Baumkatasters, wo auch der Zustand der Bäume untersucht und auch für Ersatz gesorgt werde, wenn dies notwendig sei. Am Viehmarkt stünden 18 faule Bäume, deren Leistung diese aufgrund der Fäulnis nicht mehr erfüllen könnten. Deswegen benötige man ein Baumkataster, das auch Bestandteil des Durchgrünungskonzeptes gewesen sei. 5.000 € sollen dafür veranschlagt werden.

Die Grünen wollen, so Fraktionssprecher Borger, dass zumindest in der Innenstadt die Baumscheiben erneuert werden. Wenn man vor den Geschäften Apollo oder Leder Röhr stehe, stelle man fest, dass die Metallringe mittlerweile zehn Zentimeter hoch stünden, weil die Bäume nicht tief genug gepflanzt worden seien. Deswegen verformten sich nicht nur das Pflaster und der Asphalt, sondern auch die Baumscheiben. Und die scharfkantigen Metallringe seien akute Verletzungsrisiken, so dass an dieser Stelle dringender Handlungsbedarf bestehe. Für die „Aufweitung Baumscheiben Innenstadt“ sollen 5.000 € eingestellt werden.

Im Hinblick auf den Bürgerpark in Besseringen sei von der Verwaltung angekündigt worden, ein Konzept vorzulegen. Das müsste mittlerweile zwei oder drei Jahre her sein. Die Grünen

wollen ein eigenes Konzept präsentieren, und zwar einen „Garten der Biodiversität“. Es solle ein Schaufenster entstehen, wie man auf einer solchen Fläche einen attraktiven Park anlegen könne, der gezielt in einer Kommune dem Artenschutz diene. Hier sollen Planungskosten in Höhe von 3.000 € und Kosten für die Herstellung in Höhe von 20.000 € veranschlagt werden.

Die Grünen-Fraktion beantrage die Anlage eines Auwaldes, der mit mindestens 90 Prozent vom Land bezuschusst werde.

Beim Thema „allgemeiner Radverkehr“ gebe es – auch was die Gründung der Arbeitsgruppe anbelange – einen parteiübergreifenden Konsens. Im Haushaltsplan seien 100.000 € veranschlagt gewesen. Es sei zwar ein bisschen etwas geschehen, aber es könnte viel mehr geschehen. Deshalb beantrage die Grünen-Fraktion, zusätzlich 100.000 € einzustellen. Von diesen 100.000 € sollen 30.000 € für zweckgebundene Maßnahmen (kleine Dinge, wie die Erneuerung von Schildern u.ä.) verwendet werden. Seine Fraktion habe einen Zuschuss für die ADFC-Ortsgruppe Merzig in Höhe von 1.000 € beantragt. Die Stadt benötige ein attraktives Marketing für Fahrradverkehr. Dieses könne die Stadt nicht leisten. Deshalb solle die ADFC-Ortsgruppe Merzig zweckgebunden, nach Vorlage eines Verwendungsnachweises, bis zu 1.000 € erhalten.

Neben der Stützmauer in Mondorf befänden sich die Stützmauern am Schlösschen in Hilbringen und in Besseringen (von der Anlegestelle zum Sportplatz) in einem katastrophalen Zustand. Für die Stützmauer in Hilbringen sollen im ersten Schritt 30.000 € investiert werden, um diese zumindest mal zu sanieren. In Besseringen würden – da es punktuelle Stellen seien, die saniert werden müssten – 10.000 € ausreichen.

Die Grünen-Fraktion plädiere für elektronische Abstimmgeräte. Er habe sich informiert. Es gebe viele Städte, wie Pforzheim oder Karlsruhe, die solche Abstimmungsgeräte bereits vor langer Zeit angeschafft hätten. Für den Rat würde dies, inklusive Software, etwa 5.000 € ausmachen. Dies wäre eine wesentliche Erleichterung für die Verwaltung und auch für die Ratsmitglieder; dann gebe es auch keine Änderungen bei den Niederschriften.

Grünen-Fraktionssprecher Borger erklärt, er unterstütze SPD-Fraktionssprecher Klein in seiner Auffassung, wonach die Stadt gut bezahltes, kompetentes Personal benötige, um bestimmte Aufgaben zu erledigen. Im Bereich der Zukunftsaufgaben, die nicht nur im Bereich der Bauverwaltung oder des Ordnungsdienstes bestünden, sei es wichtig, wie man die Stadt auf den Klimawandel vorbereite und wie Artenschutzmaßnahmen stärker koordiniert würden. Dies sei damals unter Martin Thiery mehr oder weniger gut gelaufen, da er auch nur ein Einzelkämpfer mit vielen Baustellen gewesen sei. Die Grünen-Fraktion wolle eine A13-Stelle (höherer Dienst) für „Klima- und Biodiversitätsschutz“ schaffen. Die/der Klimaschutzmanager/in – dies sei damals ausdrücklich von der Verwaltung erklärt worden – dürfe diese Aufgaben nicht wahrnehmen. Deswegen wolle seine Fraktion ein städtisches Umweltamt, sehr stark professionalisiert, mit einer sehr kompetenten Person zur Bewältigung dieser Zukunftsaufgaben.

Die Grünen-Fraktion lehne jegliche Reduzierung der Zuschüsse für Sportvereine ab. Bürgermeister Hoffeld merkt an, dass es sich lediglich um eine Verlagerung handele.

Zusammenfassend hält Grünen-Fraktionssprecher Borger fest, dass bei den beantragten Positionen für die Stadt – ausgenommen die Personalausgaben - mit Blick auf Fördermöglichkeiten maximal 170.000 € hängen blieben. Alles andere würde über Städtebauförderung und Tourismus gehen. Diese konkret 166.000 € müssten natürlich gegenfinanziert werden. Für die Saarufergestaltung seien Planungskosten von 100.000 € vorgesehen. Von solch hohen Planungskosten habe die Umsetzung nichts. Wenn neue Dinge realisiert würden, müsse man sich im Vorfeld überlegen, wer die Unterhaltung übernehme. Deswegen wolle seine Fraktion durch Einsparungen im Bereich Freizeitpark und Saarufergestaltung sowie durch

Einnahmen aus dem Verkauf von Splitterbesitz im Bereich der Land- und Waldwirtschaft die o.g. Ausgaben decken. Hier gebe es erhebliche Potentiale. Beim Punkt „Splitterbesitz“ gebe es viele Flächen, die vor sich hingammeln würden und bei denen es wirtschaftlich unsinnig sei, dass die Stadt weiterhin Eigentümerin sei. Daseinsvorsorge bestehe nicht nur darin, Häuser zu bauen, Gewerbeflächen zu schaffen und Straßen zu bauen, sondern es gehe auch um eine lebenswerte Umwelt.

Bürgermeister Hoffeld gibt zu bedenken, dass sich die Abwicklung für die Verwaltung aufgrund der umfangreichen Änderungswünsche der Grünen-Fraktion äußerst schwierig gestaltet. Zudem sei die Trennung von Ergebnis- und Investitionshaushalt zu beachten. Eigentlich sei die vorbereitende Hauptausschusssitzung geeignet gewesen, um diese Anregungen vorzutragen.

Der Vorsitzende wiederholt die von Grünen-Fraktionssprecher Borger vorgetragenen Punkte:

- Namensänderung „Bereich Gustav Regler-Platz“
- Dorfentwicklungskonzepte für Hilbringen und Schwemlingen je 20T€ (Ergebnishaushalt)
- Parkplätze Wolfspark 20T€ (investiv)
- Schallschutzmaßnahme Schützenhaus 80T€ (investiv)
- Wege Stadtpark Instandsetzung (über Gewährleistung)
- Stadtbild/Tourismus Bestandserhaltung 10T€ (investiv); Ressortleiterin Müller gibt zu bedenken, dass für diesen Zweck bereits 15T€ im Investitionshaushalt veranschlagt seien. Grünen-Sprecher Borger plädiert für die zusätzliche Veranschlagung von 10T€.
- Durchgrünungskonzept 5T€ (Ergebnishaushalt)
- Renaturierung Blättelbornweiher und Umfeld 100T€ (investiv)
- Baumschutzsatzung 500 € (Ergebnishaushalt)
- Gestaltungssatzung Reduzierung auf 2T€ (Ergebnishaushalt)
- Zuschuss ADFC 1T€ zweckgebunden
- Stützmauern Hilbringen (30T€) und Besseringen (10T€)
- Erneuerung Baumscheiben 5T€ (Ergebnishaushalt)
- Bürgerpark Besseringen (3T€ Planung Ergebnishaushalt und investiv 20T€)
- Auwald 30T€ (Ergebnishaushalt)
- Elektr. Abstimmungsgeräte 5T€ (Ergebnishaushalt)
- Stelle „Klima- und Biodiversitätsschutz“ 80T€
- Baumkataster 5T€ (Ergebnishaushalt)
- Radverkehr 100T€ (investiv, zweckgebunden)
- Starkregenkonzeption
- Reduzierung Zuschuss Sportvereine

Bürgermeister Hoffeld erklärt, dass es an dieser Stelle eine Verlagerung von Positionen gebe. Am Ende des Tages würden alle Sportvereine mehr erhalten.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) weist darauf hin, dass er sofort in der Lage wäre, Wünsche in einer Größenordnung von 2 Mio. € zu benennen. Bei allem Realismus: er habe zusammengerechnet 646.500 € an Ausgaben und 28T€ an Einsparung und er komme bei dem, was übrig bleibe, auf eine Förderkulisse von 81,168 Prozent. Wer daran glaube, glaube auch an den Weihnachtsmann.

Ratsmitglied Weiten (Grüne) bedankt sich bei der Verwaltung, die ihm viele Fragen beantwortet und Erläuterungen gegeben habe. Bei der Position „Planung Saarufer“ betrage die Planung 100T€, 500T€ seien die Investitionen. Eine Planung in Höhe von 20% sei aus seiner Sicht sehr hoch.

Mit Blick auf einen beabsichtigten geringeren Zuschuss für Sportvereine ohne eigene Sportstätte vertritt Ratsmitglied Weiten (Grüne) die Auffassung, dass dies eine Kürzung darstelle. Ferner spricht er die Unterschiede in den Energiekosten an: So lägen diese bei der Stadthal-

le bei 40T€, bei der Seffersbachhalle bei 33T€, beim Bürgerhaus Besseringen bei 12T€ und bei der Saargauhalle bei 12T€ - Besseringen und Schwemlingen somit zusammen bei 24T€ - während die Energiekosten beim Bürgerhaus Ballern/Fitten bei 26T€ lägen. Er hätte gerne einen Weg gewusst, auch dort, wo höhere Beträge angesetzt seien, um die Kosten zu verringern. Er gehe davon aus, dass das Bürgerhaus Ballern/Fitten energetische Defizite habe, sowohl im Heizungssystem bzw. in der Isolierung oder auch in den technischen Geräten. Diese Kosten seien für ihn nicht nachvollziehbar.

Bei der Buchungsstelle 54.10.01.523110 (Seite 113) „Energie Straßenleuchte“ seien die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr mit 50T€ um 20 Prozent erhöht. Hier gelte es, Systeme einzusetzen (Technik, Leuchtmittel), damit die Kosten nicht ausufern. Dasselbe gelte für den „Unterhalt Straßenleuchte“. Für ihn stelle sich die Frage, warum es zu solchen Ansätzen in einer solchen Größenordnung komme. Er rege an, veranschlagte Haushaltsansätze zu überdenken und querzudenken, ob es andere Möglichkeiten gebe.

Bürgermeister Hoffeld empfiehlt, diese Fragen im Hauptausschuss zu stellen. Der Vorsitzende unterstreicht, dass die Verwaltung im Vorfeld der Haushalterstellung, aber auch schon in den letzten Jahren, gespart habe. Die Verwaltung erhöhe auch nicht grundlos Ansätze, da solche Erhöhungen zu Lasten anderer Maßnahmen gingen. Die von Ratsmitglied Weiten (Grüne) angesprochene Erhöhung der Energiekosten für Straßenleuchten resultiere aus der Schaffung von Neubaugebieten. Bei Sportvereinen stelle die Stadt Merzig mehr Gelder als in der Vergangenheit zur Verfügung. Es gehe lediglich darum, Gelder ggfls. umzuverteilen. Inwiefern und in welcher Form dies umgesetzt werde, entscheide der Stadtrat.

Grünen-Fraktionssprecher Borger erklärt, dass die Änderungsanträge seiner Fraktion deshalb erst heute vorgetragen worden seien, weil eine Reihe von schriftlichen Anfragen seiner Fraktion (Unterlagen Stadtpark, Holz im Wald, P&R-Parkplatz an der Querspange) von der Verwaltung nicht beantwortet worden sei. Ferner ärgere ihn, dass Anträge aus 2018 und 2019 heute in geballter Form auf der Tagesordnung stünden. Wenn diese – wie die Geschäftsordnung es vorsehe – jeweils in der nächsten Stadtratssitzung behandelt würden, hätte man sich viele Änderungsanträge heute sparen können. Das Thema „Blättelbornweiher“ sei aktenkundig seit 2016. Der Weiher sei in einem ökologisch bedenklichen Zustand. Wenn dann Anträge vertagt würden oder Beschlussunfähigkeit – wie jüngst – herbeigeführt werde, dann könne die Grünen-Fraktion nichts dafür, dass die Anträge heute in geballter Form gestellt würden. Dann müsste man seiner Fraktion auch die gewünschten Informationen zur rechten Zeit geben.

Bürgermeister Hoffeld entgegnet, dass es zu den meisten von Grünen-Fraktionssprecher Borger gestellten Anträgen keine Anfragen gegeben habe.

Erster Beigeordneter Ernst weist den Vorwurf von Grünen-Sprecher Borger, wonach Anfragen durch die Verwaltung nicht beantwortet würden, zurück. Mit Blick auf die Ausführungen von Ratsmitglied Weiten (Grüne) erläutert er, dass viele Punkte ausschlaggebend für eine Erhöhung der Energiekosten bei Straßenleuchten sein könnten. Im Hinblick auf die Energiekosten bei Gebäuden sei die Verwaltung natürlich permanent bemüht, Energie einzusparen und Heizungsanlagen zu optimieren. In der Regel sei dies jedoch auch mit Investitionskosten verbunden. Dies sei ein dauerhafter Prozess in der Verwaltung. Im Hinblick auf die von Grünen-Sprecher Borger angesprochene Herbeiführung von Beschlussunfähigkeit merkt Beigeordneter Ernst an, dass dies gang und gäbe von anderer Seite gewesen sei.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) erinnert an mehrtägige Haushaltsberatungen im Hauptausschuss in der Vergangenheit. In diesem Jahr habe der Ausschuss alle Themen in die Fraktionen verwiesen und nicht erörtert, aus Angst, man werde zu viel Preis geben und hätte heute nicht die entsprechende Bühne.

Auf die Frage von Ratsmitglied Weiten (Grüne) zu einem Zuschuss des EVS oder des Landes in Höhe von 107.500 € (Seite 148/ 53.70.01/07.41.68.11.10) erläutert Beigeordneter Ernst, dass eine bauliche Maßnahme notwendig sei, um die Grünschnittdeponie „sattelfest“ zu machen. Für diese Maßnahme, die Kosten von 250.000 € verursache, habe die Stadt einen Zuschuss in Höhe von 50 Prozent in Aussicht gestellt bekommen. Die Leiterin des Ressorts 11, Frau Müller, ergänzt, dass die Stadt die Kompostieranlage ursprünglich ohne Zuschüsse geplant habe. Die Möglichkeit eines Zuschusses habe sich erst zu einem späteren Zeitpunkt ergeben. Die erste Veranschlagung im Haushalt sei 2018 ohne Zuschuss erfolgt. In 2019 sei der komplette Zuschuss eingestellt worden, weil die Verwaltung bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht gewusst habe, dass die Maßnahme gefördert werde.

Bürgermeister empfiehlt nochmals allen Mitgliedern, derartige Fragen zu einzelnen Haushaltspositionen in den Fachausschüssen zu stellen bzw. auch dort Vorschläge zu Einsparpotentialen zu unterbreiten. All diese Dinge, über die in den Ausschüssen gesprochen werde, würden letztendlich im Haushaltsplan gebündelt.

Ratsmitglied Conrad (CDU) erklärt als Ortsvorsteherin des Stadtteils Ballern in Bezug auf die von Ratsmitglied Weiten (Grüne) angesprochenen Energiekosten beim Bürgerhaus Ballern/Fitten, dass die Kita in Ballern an diesem Gebäude hänge. Diese Kita sei von 7 Uhr bis 17 oder 18 Uhr geöffnet und benötige Energie, so dass vor diesem Hintergrund die Differenz aus ihrer Sicht erklärbar sei. Ferner sei eine Förderung für die Sanierung der Fassade dieses Gebäudes beantragt, so dass auch gehandelt werde.

Bürgermeister Hoffeld fasst mit Blick auf die Änderungsvorschläge der Grünen-Fraktion zusammen, dass im Ergebnishaushalt ein Betrag in Höhe von 195.000 € finanziert werden müsste. Im investiven Bereich handele sich um eine Summe von 370.000 €. Grünen-Fraktionssprecher Borger wiederholt diesbezüglich die Haltung seiner Fraktion, wonach Planungskosten für eine Saarufergestaltung etc. eingespart werden sollten. Seine Fraktion wolle den Bestand erhalten und nicht permanent in Neues investieren. Ressortleiterin Müller weist darauf hin, dass bei der Position Saarufergestaltung lediglich 100.000 € eingespart würden. Unter Berücksichtigung der veranschlagten Zuschüsse spare die Stadt lediglich 33.000 € ein. Grünen-Fraktionssprecher Borger teilt mit, dass der Restbetrag durch den Verkauf von Splitterflächen finanziert werden solle. Bürgermeister Hoffeld hält fest, dass somit nach Vorschlag von Grünen-Sprecher Borger 337T€ über den Verkauf von Splitterflächen aufgebracht werden sollen. Darüber hinaus seien noch Deckungsvorschläge in Höhe von 195T€ im Ergebnishaushalt erforderlich.

Von Seiten der Grünen-Fraktion werden keine Einsparvorschläge unterbreitet.

Mit Blick auf die Ankündigung von SPD-Fraktionssprecher Klein, einen Resolutionsantrag zum Klinikum Merzig einzureichen, erklärt Bürgermeister Hoffeld, dass dies ein guter Ansatz sei, vom Stadtrat die Rückendeckung zu erhalten, für das Krankenhaus einzustehen. Es würden bereits Gespräche im Hintergrund laufen. Die Stadt sollte seiner Ansicht nach das Selbstbewusstsein haben, gemeinsam nicht nur für den Erhalt des Klinikums, sondern für dessen weitere Stärkung einzutreten. Das Klinikum habe sich in den letzten Jahren außerordentlich gut entwickelt.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt über die einzelnen Änderungsvorschläge ab:

Dem CDU-Antrag, dem sich die SPD-Fraktion angeschlossen hatte, einen Sperrvermerk für die Bewirtschaftungskostenzuschüsse für die Sportvereine über 31T€ anzubringen, stimmt der Rat mit 30 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen zu.

Dem Vorschlag der Grünen-Fraktion auf Namensänderung (von „Seffersbachbereich“ in „Umfeld Gustav Regler-Platz“) stimmt der Stadtrat mit 31 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zu.

Die übrigen Änderungsvorschläge der Grünen-Fraktion lehnt der Stadtrat mit 6 Ja-, 25 Nein-Stimmen und einer Enthaltung ab.

Unter Berücksichtigung der o.g. Beschlüsse beschließt der Stadtrat mit 26 Ja-, zwei Nein-Stimmen und vier Enthaltungen die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan 2020.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	2	4

8 Beteiligungsbericht 2019

2020/311
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2019 der Kreisstadt Merzig zustimmend zur Kenntnis.

Die Stadtratsmitglieder Auweiler (CDU) und Dr. Kost (CDU) haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
29	0	0

Nutzungsverträge für die

9 -Zuwegung im Rahmen der Errichtung und des Betriebs von Windenergieanlagen (WEA)

2020/356
ungeändert beschlossen

-Verlegung und den Betrieb von Kabeltrassen für Windenergieanlagen (WEA)

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, mit der Green City Windpark Merzig GmbH & Co. KG, gesetzlich vertreten durch die Green City Service GmbH, Nutzungsverträge für die Zuwegung im Rahmen der Errichtung und des Betriebs von Windenergieanlage (WEA) und die Verlegung und den Betrieb von Kabeltrassen für Windenergieanlagen (WEA) abzuschließen.

Die Stadtratsmitglieder Auweiler (CDU) und Dr. Kost (CDU) haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	1	0

9.1 Anlage zu TOP 9

2020/356-001
ungeändert beschlossen

Siehe TOP 9.

9.2 Anlage 2 zu TOP 9

2020/356-002
ungeändert beschlossen

Siehe TOP 9.

10 Eisenbahnstrecke zwischen Merzig und Losheim am See reaktivieren; Antrag B90/Die Grünen vom 28.01.2020

2020/379
geändert beschlossen

Die Grünen-Fraktion stellte folgenden Antrag: 1. Der Stadtrat fordert den Bürgermeister auf, mit dem Bürgermeister der Gemeinde Losheim am See Gespräche auf-zunehmen mit dem Ziel zu prüfen, inwieweit die Gemeinde Losheim am See auch als Eigentümer eines Teilabschnittes der Eisenbahnstrecke innerhalb des Stadtgebietes sich eine Zusammenarbeit zur möglichen Reaktivierung der Strecke vorstellen könnte; 2. Der Stadtrat fordert den Bürgermeister auf, Gespräche mit dem Verkehrs- und Innenministerium aufzunehmen, um Realisierungsmöglichkeiten und Fördermöglichkeiten zu erörtern; 3. Der Stadtrat fordert den Bürgermeister auf, möglichst in der Stadtratssitzung am 02.04.2020 über das Ergebnis der Gespräche zu berichten.

Grünen-Fraktionssprecher Borger begründet den Antrag seiner Fraktion und führt wie folgt aus: „Das Saarland – und insbesondere auch Merzig – ist leider immer noch vorrangig ein Autoland und andere Formen der Mobilität finden gerade im ländlichen Raum (mögliche Ausnahme Landkreis Sankt Wendel, dort tut sich einiges) nicht statt. Seit vielen Jahren haben wir immer wieder die Forderung erhoben, die Eisenbahnstrecke zwischen Merzig und Losheim am See auch für den Personenverkehr zu reaktivieren. Dies auch vor dem Hintergrund, da die Verkehrssituation im „Nadelöhr“ Merzig gerade für Berufspendler, die überwiegend aus der Hochwaldgemeinde Losheim am See entweder ihre Arbeitsplätze in Merzig aufsuchen oder über die Autobahn oder mit dem ÖPNV den saarländischen Ballungsraum aufsuchen, angespannt ist. Und das wird sich auch nicht durch den Beschluss zum Kreiselnrückbau ändern.

Der damalige Bürgermeister der Gemeinde Losheim am See hatte eine Reaktivierung der Bahntrasse aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen immer ausdrücklich begrüßt. Die Rahmenbedingungen sind heute völlig andere/bessere, die für eine Reaktivierung sprechen. Steigende Spritpreise, Aspekte des Klimaschutzes etc., eine immer älter werdende Gesell-

schaft als Folge des demographischen Wandels erfordern neue generationengerechte Lösungen zur Erhaltung und Verbesserung der Mobilität. Nicht zuletzt erfordert die Verantwortung für unsere Umwelt, unser Klima und damit auch für unser aller Zukunft intelligente Lösungen im Sinne des Nachhaltigkeitsgedankens.

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. in Köln hat in einer von der Bundesregierung beauftragten Studie im letzten Jahr zur wissenschaftlichen Begleitung ihrer Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie die Reaktivierung stillgelegter Schienenstrecken untersucht. Dabei wurde auch die Strecke Merzig - Losheim am See untersucht und in der Priorität als hoch zugewiesen. Besonders erfreut waren wir, als sich unsere Landrätin ganz klar für eine Reaktivierung ausgesprochen und wie wir auch den Einsatz innovativer Antriebstechnik vorgeschlagen hat.

Eine attraktive „Hochwaldbahn“, z.B. unter Einsatz innovativer Wasserstofftechnik – macht keine Elektrifizierung notwendig und könnte dadurch auch wesentlich kostengünstiger betrieben werden. Wir meinen, die beiden Mittelzentren (auch Losheim am See ist für uns ein solches) könnten idealerweise miteinander verbunden werden. Deshalb haben wir Ihnen diesen Antrag vorgelegt mit dem Ziel, dieser Bitte an die Verwaltung zuzustimmen. Denn es wäre auch ein starkes touristisches Infrastrukturprojekt, um das Saartal mit der Hochwaldregion zu verbinden, was auch eine ganz andere Förderkulisse eröffnet. Unterstützen wir hier im Rat also alle gemeinsam unsere Landrätin in der Absicht, die Bahnlinie Merzig-Losheim mit innovativer Antriebstechnik zu reaktivieren.“

CDU-Fraktionssprecher Auweiler bringt zum Ausdruck, dass seiner Fraktion der ÖPNV sehr wichtig sei. Deshalb danke er der CDU-Landrätin für ihren Vorstoß zur Reaktivierung der Eisenbahnstrecke. Aber auch der Alltagsradverkehr liege der CDU-Fraktion sehr am Herzen. Deshalb stelle die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

„Zur Reaktivierung der Eisenbahnstrecke zwischen Losheim und Merzig mit paralleler Radverkehrsinfrastruktur soll die Verwaltung Gespräche mit der Gemeinde Losheim und den zuständigen Ministerien aufzunehmen, mögliche Fördermöglichkeiten ermitteln sowie den Stadtrat in einer der nächsten Sitzungen über die Gesprächsverläufe öffentlich unterrichten.“

SPD-Fraktionssprecher Klein führt wie folgt aus: „Die SPD-Fraktion sieht in diesem doch sehr komplexen Thema in seiner Gesamtbetrachtung letztendlich die Möglichkeit einer Reaktivierung der Bahnstrecke Losheim-Merzig generell positiv. Auch unter dem Aspekt Nachhaltigkeit – Ökobilanz – Strukturwandel – Tourismus. Die Forderung nach einer parallel geführten Radwegeverbindung von Merzig nach Losheim wurde auch von uns schon im Verlauf der vielen Diskussionsprozesse zu diesem Thema erhoben. Es muss nun eine Machbarkeitsstudie erstellt werden. Ich glaube, dass wir uns alle in einem Punkt einig sind. Für eine realistische Projektierung und Umsetzung solch eines Vorhabens muss man sehr dicke Bretter bohren, den guten Willen aller Beteiligten vorausgesetzt, und natürlich die dafür notwendigen Finanzmittel haben und auch freigeben. Wir reden hier über größere Summen, nicht nur über Investitionen, sondern auch über den Betrieb und die laufenden Kosten. Eine umfangreiche Machbarkeitsstudie mit Kosten/Nutzenrechnung unter Einbeziehung aller zuständigen Akteure kann nur ein erster Schritt sein. Die SPD-Fraktion deutet an dieser Stelle eindringlich darauf hin, dass in einer solchen Machbarkeitsstudie unbedingt darauf geachtet wird, welche detaillierten Auswirkungen die Inbetriebnahme der Eisenbahnstrecke dann auf den innerstädtischen Straßenverkehr in Merzig hätte; z.B. wenn die Bahnschranke in der Losheimer Straße bei der Bäckerei Marxen pro Stunde zwei bis dreimal unten ist. Dasselbe in der Saarbrücker Allee am Hauptbahnhof. Ich bitte also im Namen der SPD-Fraktion darum: vom Grundsatz sehen wir dieses Thema positiv, aber es muss alles auf den Prüfstand, sowohl die Machbarkeit (Vor- und Nachteile) als auch die Finanzierbarkeit.“

Bürgermeister Hoffeld stimmt SPD-Fraktionssprecher Klein zu, dass diese Aspekte in der Tat berücksichtigt werden müssten. Die Verwaltung habe intern bereits 2015/2016 Anträge ge-

stellt und Gespräche mit der Gemeinde Losheim geführt und von dort positive Signale erhalten, dass es möglich sei, eine parallele Nutzung für den Bahn- und Radverkehr umzusetzen. Von daher würde die Verwaltung dieses Ansinnen gerne mit Unterstützung des Stadtrates weiter verfolgen.

Grünen-Fraktionssprecher Borger merkt an, dass die Erfolge solch reaktivierter Strecken für sich sprechen würden. Es gebe viele Strecken in ganz Deutschland, die aufgrund des neuen Mobilitätsverhaltens sehr stark nachgefragt würden. Der Antrag der Grünen sehe vor, dass der Bürgermeister mit der Gemeinde Losheim und der Landesregierung spreche und in der nächsten Stadtratssitzung im April über diese Gespräche informiere. Seine Fraktion wolle lediglich wissen, wie der Stand bei diesem Thema sei, da sie nicht alle Fakten aus der Zeitung erfahren wolle. Er bedanke sich ausdrücklich bei CDU-Fraktionssprecher Auweiler, der zunehmend Anträge der Grünen-Fraktion aufgreife, einen Spiegelstrich davor setze und ein Wort ergänze. Seine Fraktion werde den CDU-Antrag natürlich unterstützen.

Bürgermeister Hoffeld weist darauf hin, dass die Verwaltung die Gespräche führen werde, aber nicht zusagen könne, bereits am 2. April 2020 darüber berichten zu können.

Grünen-Fraktionssprecher Borger ändert den Antrag seiner Fraktion dahingehend, dass der Bürgermeister „möglichst“ in der Stadtratssitzung am 2. April 2020 Rückmeldung geben solle.

Beschluss: Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird beschlossen. Der Rat verständigt sich darauf, dass eine Abstimmung über den Antrag der Grünen-Fraktion damit entbehrlich ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	0

11 **"Blättelbornweiher zeitnah renaturieren und Erholungsinfrastuktur optimieren"; Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 07.01.2020**

2020/382
zurückgezogen

Grünen-Fraktionssprecher Borger erklärt, dass er feststelle, dass durch den Beschluss, den Blättelbornweiher nicht zu reaktivieren, vorsätzlich oder bewusst Tierleid in Kauf genommen werde.

Beigeordneter Ernst widerspricht dieser Einschätzung und weist darauf hin, dass die Entschlammung des Weihers bereits beauftragt sei. Mittel, die im letzten Jahr im Haushalt eingestellt gewesen seien, würden in dieses Jahr übertragen. Ferner gebe es eine Buchungstelle mit einem Ansatz von 150.000 € bei einer zugesagten Förderung von zwei Drittel; d.h. es werde demnächst ein Projekt entwickelt, das Umfeld des Weihers zu gestalten. Im Ergebnis seien die von Grünen-Fraktionssprecher Borger beantragten Punkte bereits längst auf den Weg gebracht.

Auf Rückfrage von Bürgermeister Hoffeld erklärt Grünen-Sprecher Borger, dass er den Antrag zurückgezogen habe.

Grünen-Fraktionssprecher Borger begründet den Antrag und weist darauf hin, dass auch dieses Thema bereits 2019 hätte verhandelt werden können. Er führt wie folgt aus: „Unabhängige Wissenschaftler prognostizieren eine deutliche Erderwärmung, selbst wenn die Ziele des Pariser Klimaabkommens eingehalten würden. Neben Auswirkungen auf die belebte Umwelt (Tiere, Pflanzen und Lebensräume) und die Landnutzung (Land- und Waldwirtschaft) werden gerade Siedlungsräume und die dort lebenden Menschen direkt von dieser Erwärmung betroffen sein. Es ist bekannt, dass in baumfreien Bereichen die Temperaturen im Schnitt bis 20 Grad Celsius höher liegen, als durch Bäume beschattete Bereiche. Bundes- und europaweit sind Städte intensiv dabei, ihre Städte auf diese Entwicklung vorzubereiten durch ganz massive Anlage von Bäumen. Auf unsere Initiative hatte die Stadtverwaltung erste Gedanken für ein Durchgrünungskonzept entwickelt (leider nur für die Kernstadt) und im Jahr 2011 verschriftet und vorgestellt.

Dieses Konzept umfasste 5 Teilbereiche.

1. Darstellung der stadtökologischen Situation
2. Erhöhung des Grünanteils durch vermehrte Baumpflanzungen
3. Erhalt von Grün bei städtischen Planungen
4. Konkrete Richtlinien für Baumpflanzungen
5. Baumschutzsatzung

Leider beschränkt sich dieses Durchgrünungskonzept auf die Kernstadt, obwohl für unsere Stadtteile entsprechende Überlegungen angestellt werden müssen. In den letzten Jahren werden zunehmend Baumverluste zur Kenntnis genommen und es wird überall sichtbar in Beton und Asphalt anstatt in Hochgrün investiert. Aktuelle Planungen erhöhen den Anteil betonierter und asphaltierter Flächen in Merzig ganz erheblich. Und es existiert enormer Handlungsdruck, denn ein schattenspendender Baum benötigt 30-40 Jahre, um seine wohltuende Wirkung zu entfalten.

Am 16.01.2020 titelte die Saarbrücker Zeitung „Land fürchtet an der Saar viel höhere Temperaturen“ und nach Feststellung der Landesregierung hat das gravierende Folgen in der Region. Für den Zeitraum 2031 bis 2060 wird eine deutliche Erhöhung der Temperatur von fast drei Grad im Durchschnitt prognostiziert. Also, wenn wir heute einen Baum pflanzen, kann er uns erst im Jahr 2060 seine wohltuende Wirkung entfalten. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu dem Ihnen vorliegenden Antrag.“

Als wesentliche Punkte des Antrags nennt Grünen-Fraktionssprecher Borger die Fortschreibung des Durchgrünungskonzepts auch für die Stadtteile, die Baumschutzsatzung, ein Baumkataster, Fassadenbegrünungen bei öffentlichen Bauvorhaben. Allein das Thema „Auwald“ würde für Merzig eine riesige CO₂-Speicherfunktion und auch ein Kaltluftentstehungsgebiet für Merzig bedeuten. Es gelte, mit einfachen Mitteln kontinuierlich die notwendige Vorsorge zu treffen.

Ratsmitglied Klose (SPD) führt wie folgt aus: „Die SPD-Fraktion stellt hiermit folgenden Antrag: Unbestritten schreitet der Klimawandel einhergehend mit der Erwärmung der Erde fort, und der Großteil der Wissenschaftler prognostiziert eine drastische Veränderung der Lebensbedingungen für uns Menschen und die uns umgebende Flora und Fauna. Ziel unseres Handelns muss sein, für die Menschen diese Veränderungen abzumildern, erträglicher zu machen und sie auch mitzunehmen bei den Maßnahmen, die wir hier in die Wege leiten, um den zu erwartenden Veränderungen unserer Lebensbedingungen entgegenzuwirken. Das beschlossene Durchgrünungskonzept ist hierzu ein probates Mittel und dabei wird allgemein

die Meinung vertreten, je mehr umso besser. Aber gerade vor dem Hintergrund der prognostizierten Hitzezeit werden extreme Wetterereignisse nicht nur an Häufigkeit, sondern auch an Heftigkeit zunehmen. Auch darin ist sich die Wissenschaft weitgehend einig. Es ist daher zu prüfen, wie sich Begrünungen, vor allem Hochgewächse, bei extremen Wetterereignissen (Stürme, lange Dürreperioden) verhalten.

Es sollte dem Grundstückseigentümer selbst überlassen bleiben, was er an Begrünung auf seinem Grundstück haben will, und er soll selbst entscheiden dürfen, wieweit er sich der von Hochgewächsen und anderen Begrünungen ausgehenden Einschränkungen und Gefahren aussetzen will. Eine Baumschutzsatzung wird daher von uns abgelehnt.

Es wird hiermit beantragt,

- das Durchgrünungskonzept in allen Stadtteilen umzusetzen und stetig fortzuführen.
- dem Bürger das Durchgrünungskonzept näher zu bringen und die Notwendigkeit auch privater Initiativen deutlich zu machen.
- mit eigenen Aktionen als Vorbild zu fungieren.
- in den Baugenehmigungsverfahren den Bauherren zielführende Informationen und Empfehlungen an die Hand zu geben.

Vornehmlich soll der Bürger in die Maßnahmen einbezogen werden und ihm vermittelt werden, dass ein diesbezügliches Umdenken stattfindet muss. Den Bürger per Verordnung zum Handeln zu veranlassen, ist aus unserer Sicht der falsche Weg.

Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion zielt darauf ab, dass die im Durchgrünungskonzept vorgeschlagenen Maßnahmen im Einvernehmen mit den Bürgern umgesetzt werden sollen, all der gute Wille und die guten Absichten müssen aus unserer Sicht mit den Bürgern gemeinsam geschultert werden. Verordnungen und Richtlinien mögen dazu dienen, der Verwaltung selbst einen Weg aufzuzeigen, aber wir denken auch, dass man hier in den zuständigen Ressorts weiß, was - wann zu tun ist. Beim Bürger kommt eine diesbezügliche Bevormundung aber ganz schlecht an. Schaut man sich Merzig mal von oben an, was ja für jeden heutzutage mit Google Earth leicht möglich ist, und vergleicht den gewonnenen Eindruck mit dem von anderen Städten, dann schaut das doch recht gut aus. Eine Menge Grün zeichnet Merzig aus, drumrum und mittendrin. Zugegeben, man sieht nicht, welches Grün da im Einzelnen angepflanzt wurde, ob das ökologisch sinnvoll ist oder nicht, aber erst mal Hauptsache grün. Und ähnlich sieht das doch auch in den Stadtteilen aus. Unschwer sind natürlich auch die Defiziträume zu erkennen. In den Bereichen der städtischen Zuständigkeit kann das ein oder andere sicherlich noch getan werden, und sicher sind auch die Gewerbetreibenden bereit, einen Beitrag zu leisten, der ja einerseits den Beschäftigten zugute kommen würde, aber andererseits auch den reibungslosen Betrieb noch möglich machen muss. Die private Wohnbebauung zeigt für Merzig und seine Stadtteile aus meiner Sicht ebenfalls ein recht grünes Bild, der ein oder andere Steingarten ist da zwar auszumachen, die übergroße Mehrzahl setzt aber auf Grün. Information für alle ist hier von Nöten, alle sollten mit ins Boot genommen werden, und das geht nicht mit der Brechstange. Prognostizierte Hitzezeit ist hier aber das Stichwort, und im Antrag ist es auch angedeutet, diese Prognose beinhaltet nicht nur die höheren Temperaturen, sie geht auch von einer Zunahme von Extremwetterereignissen aus. Starkregen, langdauernde Hitzeperioden, in der SZ genannt, ich will es noch ergänzen, Stürme mit höheren Windgeschwindigkeiten oder tornadoähnliche Entwicklungen sollten dann in der Aufzählung der möglichen Katastrophen nicht fehlen. Häufigkeit und Heftigkeit werden zunehmen. Der Baum, der bei Sonnentagen den wohlthuenden Schatten spendet, und durch die Verdunstung von Wasser in seinen vielen Blättern auch einen Kühleffekt für die Umgebung hat, kann bei entsprechend hohen Windgeschwindigkeiten für die Gebäude in Schlagweite und die Menschen darin zur Gefahr werden - ob das dann das eigene oder das Haus des Nachbarn ist, wird sich dann zeigen. Nach jedem Sturm zeigen uns die Medien dann immer die entsprechenden Bilder dazu. Was man oft auch zu hören bekommt, der Schatten im Sommer ist ja schön und gut, aber selbst wenn draußen die Sonne scheint, muss ich den ganzen Tag das Licht anhaben, um ne Zeitung zu lesen, und die vielen Blätter im Herbst sind auch für viele ein Grund, von einer Hochgewächsbegrünung abzusehen. Ich habe Gott sei Dank einen lieben Nachbarn, den der Blätterregen auf seinem Grundstück von meinem Kirchbaum nicht auf die Palme bringt. Es sollte daher jedem Grundstückseigentümer selbst überlassen bleiben, was er sich auf sein Grundstück pflanzt und wie groß oder

hoch er es werden lassen will. Für die prognostizierte Hitzezeit sollten wir dem Bürger gönnen, auch in Sturmnächten ruhig schlafen zu können. Eine Baumschutzsatzung kommt für uns daher nicht in Frage. Ich bitte den Rat, dem SPD-Antrag zuzustimmen.“

Ratsmitglied Schuh (FWM/FDP-Fraktion) erklärt mit Blick auf diesen sowie die drei folgenden Tagesordnungspunkte, dass die Themen tagesaktuell seien. Seiner Meinung nach sollte der Rat froh und stolz sein, dass die Grünen-Fraktion sich diesen Themen angenommen und weit vorgedacht habe. Er vertrete auch die Ansicht, dass der Arbeitskreis „Klima“ mit Blick auf TOP 16 zu einem sehr guten Ergebnis gekommen sei. Er könne sich gut vorstellen, die in Rede stehenden Themen in diesem Arbeitskreis in aller Ruhe und sachlich zu behandeln.

Bürgermeister Hoffeld weist mit Blick auf die Sitzungsdauer auf § 6 Abs. 4 der Geschäftsordnung hin, wonach die Sitzung nach drei Stunden beendet sein soll. Auf Vorschlag des Vorsitzenden beschließt der Stadtrat mit 20 Ja-Stimmen, die Sitzung fortzusetzen.

Beschluss: Folgender Antrag der Grünen-Fraktion wird mit acht Ja-, 19 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt: 1. Das Durchgrünungskonzept ist für alle Stadtteile fortzuschreiben; 2. Die im Durchgrünungskonzept bereits vorgeschlagenen Maßnahmen sind zeitnah umzusetzen. 3. Dieses Thema ist zu einem zentralen Leitgedanken in der Stadtplanung zu machen; 4. Aktuelle Planungen sind entsprechend zu ergänzen bzw. anzupassen; 5. Die Baumschutzsatzung ist zeitnah in Kraft zu setzen, um weitere Baumverluste zu vermeiden; 6. Erstellen eines Baumkatasters, in dem der Gesundheitszustand etc. der Bäume auf öffentlichem Eigentum erfasst wird und erforderliche Maßnahmen (Ersatz, Pflege etc.) abgeleitet werden; 7. Entwicklung von Vorschlägen (Projekt) zur Fassadenbegrünung und zur Anlage vertikaler Gärten.

Stattdessen stimmt der Rat mit 26 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen folgendem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu: 1. das Durchgrünungskonzept in allen Stadtteilen umzusetzen und stetig fortzuführen; 2. dem Bürger das Durchgrünungskonzept näher zu bringen und die Notwendigkeit auch privater Initiativen deutlich zu machen; 3. mit eigenen Aktionen als Vorbild zu fungieren; 4. in den Baugenehmigungsverfahren den Bauherren zielführende Informationen und Empfehlungen an die Hand zu geben.

Stadtratsmitglied Palz (SPD) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	0	3

13 Stadtrat stellt sich dem Biodiversitätsverlust entgegen; Antrag B`90/ Die Grünen vom 01.01.2020 **2020/350** geändert beschlossen

Grünen-Fraktionssprecher Borger weist darauf hin, dass es sich auch hierbei um einen alten Antrag handele, der noch auf die letzte Legislaturperiode zurückgehe und dort nicht beraten und entschieden worden sei. Es gehe auch hier nicht darum, private Eigentümer in die Pflicht zu nehmen. Dies sei auch beim Durchgrünungskonzept, das sich auf städtische Flächen beschränke, nicht der Fall.

Grünen-Fraktionssprecher Borger führt weiter wie folgt aus: „In der Stadtratssitzung vom 12.06.2019 wurde der Antrag zur Verabschiedung einer Resolution zum Thema „Biodiver-

sitätskrise“ vertagt. Und vertagt bedeutete leider auch in diesem Fall Nichtbehandlung! Deshalb haben wir den Antrag nochmals gestellt.

Seitens der CDU-Fraktion wurde angemerkt, dass die vorhandenen Möglichkeiten, städtisches Eigentum ökologisch aufzuwerten, eine breite Bürgerbeteiligung voraussetzen würden und die SPD-Fraktion sah rechtliche Bedenken bei der Umsetzung von Artenschutzmaßnahmen auf städtischen Eigentumsflächen. Beide Einwände wurden zwischenzeitlich überprüft. Es ist weder eine Bürgerbeteiligung für einen vorbildlichen Umgang mit Eigentumsflächen der Stadt Merzig erforderlich, noch existieren rechtliche Bedenken, wenn die Stadt Merzig als Eigentümerin ihre Flächen im Sinne von Zielen der Biodiversität vorbildhaft bewirtschaften will.

Dass das Thema eine zunehmend hohe Bedeutung besitzt, soll einleitend mit einem Zitat aus dem druckfrischen Bestseller-Buch „Das Ende der Evolution“ von Prof. Dr. Matthias Glaubrecht, Universität Hamburg, untermauert werden. Ich zitiere: „Denn auch ohne den Klimawandel arbeiten wir uns derzeit in eine Krise des Lebens: Wenn wir weiterhin sämtliche Lebensräume der Erde übernutzen, dann wird selbst eine menschen-gemachte Klimaveränderung kaum noch etwas zur ökologischen Apokalypse beitragen können, was die Artenkrise nicht schon mit sich gebracht hätte“.

Die Stadt Merzig ist größter kommunaler Waldbesitzer im Saarland, sie ist Eigentümer von Streuobstwiesen, von landwirtschaftlich genutzten Flächen (sog. Außenbereich) und Grünflächen in den Innenlagen (sog. Innenbereich). Die nachfolgende Resolution ist nicht nur eine Selbstverpflichtung für Rat und Verwaltung, sondern auch Auftrag an Land und Bund, dieser dramatischen Entwicklung mit aller Entschiedenheit auch dadurch zu begegnen, dass beide die Stadt Merzig auf dem Weg für mehr Biodiversität und damit auch für mehr Lebensqualität für unsere Einwohnerinnen und Einwohner unterstützen.

Die Resolution richtet sich nicht an die Bürgerinnen und Bürger, sie richtet sich ausschließlich an das, was die Stadt Merzig in eigener Zuständigkeit, also als Grundstückseigentümerin, umsetzen kann. Sie richtet sich an den Stadtrat, damit Beschlüsse hinsichtlich der Wirkung auf die Biodiversität überprüft werden, und sie richtet sich an den Landes- und Bundgesetzgeber mit dem Ziel, die Stadt Merzig stärker als bisher bei dieser wichtigen Aufgabe zur Daseinsvorsorge zu unterstützen.

Der Antrag liegt Ihnen ja vor, deshalb nur zwei Eckpunkte:

- Der Stadtrat Merzig erklärt den Biodiversitätsnotstand (bzw. die Biodiversitätskrise) und erkennt damit die Eindämmung des laufenden Artensterbens und seiner unabsehbaren ökologischen, sozialen und ökonomischen Folgen als Aufgabe höchster Priorität an.
- Der Stadtrat Merzig verpflichtet sich dazu, seine Eigentumsflächen, unabhängig ob Außen- oder Innenlagen und unabhängig ob in Eigenregie bewirtschaftet oder verpachtet, im Sinne von Biodiversitätszielen (Förderung der Artenvielfalt und Aufwertung ihrer Lebensräume) vorbildlich zu bewirtschaften.

Insbesondere beim zweiten Punkt gibt es erhebliche Entwicklungspotenziale. Ich möchte hier nicht ins Detail gehen, da dies die zur Verfügung stehende Redezeit nicht zulässt. Eine Vorberatung war wegen Beschlussunfähigkeit des Fachausschusses nicht möglich.“

CDU-Fraktionssprecher Auweiler bewertet es als positiv, dass der Rat bei den letzten Tagesordnungspunkten zueinander gefunden habe. Vielleicht habe der heutige Zeitungsartikel dazu beigetragen, dass man wirklich das Wohl der Stadt in den Mittelpunkt stelle.

Jeder könne im Wald, in Feld und Flur erkennen, dass der Artenschwund da sei, dass der Mensch vielen Lebewesen die Räume genommen habe. Deshalb stehe das Thema für die CDU-Fraktion auch nicht zur Diskussion. Mit Blick auf den Grünen-Antrag sei es so, dass gu-

te Punkte mit überzogenen Punkten verbunden würden. Deshalb wolle die CDU-Fraktion die aus ihrer Sicht überzogenen Punkte nicht mittragen. Die CDU-Fraktion wolle die Bürger mitnehmen. CDU-Fraktionssprecher Auweiler weist darauf hin, dass viele städtische Eigentumsflächen verpachtet seien an Landwirte. Da scheine man vielleicht die berechnete Diskussion der Landwirte in den letzten Wochen und Monaten nicht richtig mitbekommen zu haben, wenn man auf großen Feldeinschlägen, die zur Bewirtschaftung notwendig seien, und auch eine kleine städtische Parzelle vorhanden sei, dort auch rigoros vorgehe. Das sei ein Punkt, den die CDU-Fraktion nicht mittragen könne. Die CDU-Stadtratsfraktion wolle keine Absichtserklärung zum Artenschwund in Merzig in Form einer Resolution unterstützen, sondern konkrete Maßnahmen gemeinsam beschließen.

Die CDU-Stadtratsfraktion beantrage zur Eindämmung des Artensterbens:

- Dass alle in Eigenregie bewirtschafteten Eigentumsflächen der Kreisstadt Merzig zur Aufwertung der Lebensräume und zur Förderung der Artenvielfalt bepflanzt und gepflegt werden.
- Verwaltungsvorlagen beim Flächenverbrauch noch stärker an Klima- und Artenschutz orientiert zu verfassen sind.
- Dem Stadtrat jährlich in einer öffentlichen Sitzung über den Fortschritt bei lebensraumverbessernden Maßnahmen auf städtischen Flächen berichtet wird.
- Kommunale Betriebe mit Beteiligung der Kreisstadt Merzig in die Gesamtüberlegungen zum Artenschutz noch stärker eingebunden werden.
- Die bereits eingerichtete "AG Klima" zu einer "AG Klima und Biodiversität" erweitert wird.
- Die saarländische Biodiversitätsstrategie und die "Naturschutz- Offensive 2020" der Bundesregierung im Einklang mit allen Betroffenen (Landwirte, Naturschutzverbände; Bürgerschaft etc.) Berücksichtigung findet.

Ratsmitglied Oehm (SPD) erklärt, dass sich die SPD-Fraktion dem Antrag der CDU-Fraktion anschließe. Der Artenverlust sei nicht zu leugnen. Es sehe den Antrag als geeignet, im eigenen Wirkungskreis der Stadt zu operieren, ohne bei anderen Widerstände aufzubauen, die mehr Schaden verursachen, als sie nutzen würden. Dies müsse gewährleistet sein. Die Erweiterung der AG Klima unterstütze seine Fraktion, da dies möglicherweise einen Input an die Bürgerinnen und Bürger in Sachen Gartengestaltung gebe.

Grünen-Fraktionssprecher Borger merkt an, dass es seiner Fraktion nicht darum gehe, Pächtern Verbote auszusprechen, und erinnert daran, dass der Stadtrat mit großer Mehrheit seinerzeit ein Glyphosatverbot auf städtischen, verpachteten Flächen beschlossen habe. Dies sei „mehr Verbot“ gewesen als das, was nunmehr diskutiert werde. Die Grünen hätten vorgeschlagen, dass die städtischen Flächen – auch wenn sie verpachtet seien – vorbildlich bewirtschaftet werden - „bewirtschaftet“, nicht still gelegt. Auch in der Landwirtschaft gebe es Förderung (Agrar- und Umweltmaßnahmen). Wenn Landwirte Flächen der Stadt vorbildlich im Sinne der Artenvielfalt bewirtschaften, bekämen sie teilweise mehr Geld dafür, als wenn sie die Flächen normal mit Mais oder Getreide bestellen würden.

Grünen-Fraktionssprecher Borger begrüßt ausdrücklich, dass CDU-Fraktionssprecher Auweiler den Antrag seiner Fraktion mehr oder weniger fast vollständig aufgegriffen habe. Den Vorschlag, den Arbeitskreis zu erweitern um das Thema „Biodiversität“, unterstütze seine Fraktion. Deshalb beantrage er, den vorliegenden Antrag in diese AG zu verweisen, dort zu diskutieren, um ein ähnliches Konsensergebnis zu bekommen, wie beim Thema „Klimawandel“.

CDU-Fraktionssprecher Auweiler erklärt, dass seine Fraktion den gestellten Änderungsantrag aufrecht erhalte. Die CDU begrüße es ausdrücklich, wenn die Antragsteller ihre Anträge künftig in den Ausschüssen vorstellen und dort gemeinsam Ziele formuliert würden. Wenn man aus dem parteipolitischen Sandkasten herauskomme, sachlich miteinander umgehe, dann werde man seiner Einschätzung nach das Ziel erreichen, die Kreisstadt Merzig lebens- und liebenswert zu machen.

Beschluss: Der von Grünen-Fraktionssprecher Borger gestellte Vertagungsantrag in die "AG Klima und Biodiversität" wird mit sieben Ja-, 18 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen abgelehnt.

Der Stadtrat lehnt mit sechs Ja-, 19 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen den folgenden Antrag der Grünen-Fraktion auf Verabschiedung einer Resolution ab: 1. Der Stadtrat erklärt die Biodiversitätskrise und erkennt damit die Eindämmung des laufenden Artensterbens und seiner unabsehbaren ökologischen, sozialen und ökonomischen Folgen als Aufgabe höchster Priorität an. 2. Der Rat verpflichtet sich dazu, seine Eigentumsflächen, unabhängig ob Außen- oder Innenlagen und unabhängig ob in Eigenregie bewirtschaftet oder verpachtet, im Sinne von Biodiversitätszielen (Förderung der Artenvielfalt und Aufwertung ihrer Lebensräume) vorbildlich zu bewirtschaften. 3. Der Rat erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um dem laufenden Artensterben wirksam zu begegnen. Ab sofort werden deshalb alle Vorhaben und Entscheidungen vor Beschlussfassung hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Biodiversität überprüft. Hierzu wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen ab Januar 2020 ein gesonderter Absatz „Auswirkungen auf die Biodiversität“ in die Sitzungsvorlagen übernommen. Bei einer Auswirkung muss diese in enger Abstimmung mit dem städtischen Umweltamt, möglichst auch mit dem örtlichen ehrenamtlichen Naturschutz, in der Begründung konkretisiert werden. 4. Der Rat fordert den Bürgermeister auf, dem Rat und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität zu berichten. 5. Der Rat empfiehlt den anderen saarländischen Kommunen, dem Vorbild der Stadt Merzig zu folgen, um eine möglichst große Flächenwirkung zu erreichen. 6. Der Rat macht Land und Bund darauf aufmerksam, dass Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen (Landwirtschaftspolitik, Forstpolitik, Jagdpolitik etc.) erschwert werden. 7. Der Rat fordert auch die städtischen Beteiligungen dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten den Zielen für mehr Biodiversität auseinanderzusetzen und dem Rat dazu jährlich Bericht zu erstatten.

Stattdessen findet folgender Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit 24 Ja-Stimmen und vier Enthaltungen die Zustimmung des Rates: Zur Eindämmung des Artensterbens sollen 1. alle in Eigenregie bewirtschafteten Eigentumsflächen der Kreisstadt Merzig zur Aufwertung der Lebensräume und zur Förderung der Artenvielfalt bepflanzt und gepflegt werden; 2. Verwaltungsvorlagen sollen beim Flächenverbrauch noch stärker an Klima- und Artenschutz orientiert verfasst werden; 3. dem Stadtrat soll jährlich in einer öffentlichen Sitzung über den Fortschritt bei lebensraumverbessernden Maßnahmen auf städtischen Flächen berichtet werden; 4. Kommunale Betriebe mit Beteiligung der Kreisstadt Merzig sollen in die Gesamtüberlegungen zum Artenschutz noch stärker eingebunden werden; 5. die bereits eingerichtete "AG Klima" soll zu einer "AG Klima und Biodiversität" erweitert werden; 6. die saarländische Biodiversitätsstrategie und die "Naturschutz- Offensive 2020" der Bundesregierung sollen im Einklang mit allen Betroffenen (Landwirte, Naturschutzverbände; Bürgerschaft etc.) Berücksichtigung finden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	0	4

Grünen-Fraktionssprecher Borger führt wie folgt aus: „Der Stadtrat hatte ja den Grundsatzbeschluss gefasst, durch Neuanlage von Wald zur Optimierung der CO₂-Bindung beizutragen. Die Verwaltung wurde beauftragt, mögliche Flächen für ein solches Projekt zu suchen. In der vorbereitenden Ausschusssitzung hatte die Verwaltung ausdrücklich darum gebeten, entsprechende Vorschläge seitens der Fraktionen zu unterbreiten, was wir mit diesem Antrag tun.

In diesem Zusammenhang möchten wir kurz an ein Ziel der Naturschutzoffensive 2020 der Bundesregierung erinnern:

Auen - Dem Leben zwischen Wasser und Land mehr Raum geben

Naturnahe Auen sind in Deutschland selten geworden. Auen als grüne Infrastruktur sind für die Hochwasservorsorge von entscheidender Bedeutung. Die Saarländische Biodiversitätsstrategie greift dieses Ziel der Naturschutzoffensive 2020 in einem eigenen Landesprogramm auf: Die Ziele für das Handlungsfeld Auen und Gewässer lauten daher: Erhaltung und Entwicklung reich strukturierter Fließgewässer mit ihren Auen zur Förderung Gewässer begleitender Lebensraumtypen, wie Bach- und Flussauenwälder, Nasswälder.

Soweit zur Bedeutung von Flussauen, Nasswäldern aus ökologischer Sicht und die daraus abgeleiteten Zielen des Bundes und des Landes.

Auwälder haben wegen ihrer besonderen Dynamik und Wuchskraft eine besondere Bedeutung als CO₂-Senke. Darüber hinaus haben sie sehr positive Effekte für die Biodiversität und für das Lokalklima, da Bach- und Flusstäler durch ihre Topographie Frischluft- und Kaltluftentstehungsgebiete darstellen. Insofern sollten auch solche Bereiche in das Bewaldungskonzept der Stadt Merzig integriert werden, da sie mehrere positive Effekte geradezu ideal miteinander verbinden (Klimaschutz, Hochwasserschutz, Artenschutz, Erholung). Natürlich sollten alle Flächen eine gewisse Mindestgröße besitzen (man spricht z.B. von waldartigen Strukturen ab einer Fläche von 0,5 Hektar), damit diese überhaupt einen Wald (aus ökologischer Betrachtung) bilden können.

Insofern eignen sich gerade größere Eigentumsflächen der Stadt Merzig, um mit der Anlage von Auwäldern einen besonderen Beitrag zum Klimaschutz und zur Biodiversität zu erbringen. Anmerkung: Auch die Saaraue trug vor ihrer Kultivierung einen Auwald, da dies die natürliche Vegetationsform entlang von Fließgewässern ist.

Wir wollen deshalb Auwälder auf städtischen Eigentumsflächen in Gemarkung Besseringen und in der Ballerner-Hilbringer Au östlich und westlich der A8 entwickeln. Die maximal mögliche Fläche beträgt 23 Hektar. Diese 23 Hektar Auwald wären zukünftig in der Lage, eine Menge von ca. 300 Tonnen CO₂/Jahr zu binden, sie würden einen bedeutenden Beitrag zur Förderung der Biodiversität leisten und erheblich zur Reduzierung des Verkehrslärmes beitragen (gerade entlang der A8 wären Auwälder eine natürliche „Lärmschutzwand“). Auch touristisch gesehen stellen Auwälder besondere Besuchermagneten dar, aber dies ist ja bekannt, und sie würden die durch landwirtschaftliche Monokulturen stark überformte Saaraue mit den Spazier- und Radwegen erheblich aufwerten.

Unabhängig davon würde ein solches Zukunfts-Projekt Merzig weit über die Grenzen hinaus bekannt machen. Ich verweise hier nur an ein laufendes Projekt: „Auwälder im Klimawandel: Empfehlungen in Hinblick auf Klimaschutz, Biodiversität und Ökonomie, das durch die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung sehr umfangreich gefördert wird. Es existieren vielfältige Förderkulissen, womit sich das Projekt zum Nulltarif umsetzen ließe. Wir bitten deshalb, unserem Antrag zuzustimmen.“

CDU-Fraktionssprecher Auweiler erinnert daran, dass bereits in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften über Bewaldungskonzepte gesprochen worden sei. In einer dieser Sitzungen sei auch über das Thema Auwälder gesprochen worden. Auch in der CDU-Fraktion finde dieses Thema absolute Berücksichtigung und Unterstützung. Positive Effekte entstünden für Kli-

ma, Artenvielfalt, Tourismus und für die Bürgerinnen und Bürger. Der CDU-Fraktion gehe der vorliegende Antrag jedoch nicht weit genug. Sie wolle es nicht nur auf kleine, im Antrag skizzierte Flächen beschränken. Das in der Verwaltung vorhandene Fachpersonal sollte das Potential von Flächen ermitteln.

Die CDU Stadtratsfraktion beantrage, das städtische Bewaldungskonzept zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Hierfür sollen auch potentielle Standorte für Auenwälder (Hartholz- und Weichholzaue) mit einbezogen werden, um weitere wichtige ökologische und touristische Bausteine in der Gesamtkonzeption der Klimaschutzkommune Merzig zu schaffen. Die Stadtverwaltung soll neben Flächen in der Gemarkung Besseringen und in der Au bei Hilbringen und Ballern alle potentiellen Flächen bei der Standortüberprüfung berücksichtigen und auf Eignung untersuchen.

Ratsmitglied Temmes (Grüne) weist darauf hin, dass jetzt drei oder vier Anträge der Grünen jeweils von einem Antrag der CDU überstimmt bzw. Anträge in neuer Form vorgelegt worden seien. Aus seiner Sicht sei es sinnvoll, wenn diese Änderungsanträge im Vorfeld der Stadtratssitzung den Stadtverordneten in Papierform vorgelegt würden.

Bürgermeister Hoffeld entgegnet, dass selbiges für die Änderungsanträge der Grünen im Rahmen der Haushaltsberatungen gelte.

Grünen-Fraktionssprecher Borger weist im Hinblick auf die Ausführungen von CDU-Fraktionssprecher Auweiler darauf hin, dass noch kein Bewaldungskonzept vorliege, das fortgeschrieben werden könnte. Deswegen sei das Durchgrünungskonzept für Siedlungsräume etwas anderes, als das, was der Rat damals beschlossen habe, um mehr CO₂-Bindung durch Baumpflanzung zu ermöglichen. Er erinnere daran, dass es von der Topographie eigentlich nur eine Fläche in der Stadt Merzig gebe, die sich für einen Auwald eigne, und zwar die Saaraue. Er begrüße die grundsätzliche Zustimmung der CDU-Fraktion zu diesem Thema. Es habe jedoch keine Wirkung, wenn man eine Fläche von 0,2 oder 0,3 Hektar nehme. Die von seiner Fraktion vorgeschlagenen Flächen würden 23 Hektar umfassen und gleichzeitig einen Lärmschutz für die A8 darstellen. Grünen-Sprecher Borger richtet einen Apell an CDU-Sprecher Auweiler, er solle über seinen Schatten springen und einen Beschluss für die Zukunft unserer Stadt und ihrer Bürger fassen.

Bürgermeister Hoffeld stellt fest, dass der Antrag der CDU-Fraktion auch die von der Grünen-Fraktion vorgeschlagenen Flächen beinhaltet. Dies wird von CDU-Fraktionssprecher Auweiler bestätigt. Darüber hinaus sollten alle potentiellen Flächen geprüft werden. Die fachliche Meinung der Verwaltung sollte dazu gehört werden.

Beschluss: Folgender erweiterter Antrag der CDU-Fraktion, der die Punkte des Grünen-Antrages beinhaltet, wird beschlossen: Das städtische Bewaldungskonzept soll zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Hierfür sollen auch potentielle Standorte für Auenwälder (Hartholz- und Weichholzaue) mit einbezogen werden, um weitere wichtige ökologische und touristische Bausteine in der Gesamtkonzeption der Klimaschutzkommune Merzig zu schaffen. Die Stadtverwaltung soll neben Flächen in der Gemarkung Besseringen und in der Au bei Hilbringen und Ballern alle potentiellen Flächen bei der Standortüberprüfung berücksichtigen und untersuchen.

Da dieser Antrag den Antrag der Grünen-Fraktion beinhaltet, erfolgt über den Grünen-Antrag keine gesonderte Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	0	0

Die Grünen-Fraktion stellte den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, ab sofort bei allen Begrünnungsmaßnahmen im Stadtgebiet ausschließlich heimische, nicht überzüchtete Pflanzenarten zu verwenden, sowie ab sofort diese Begrünnungsmaßnahmen an Artenschutzzielen zu orientieren, insbesondere die Verbesserung der Lebensbedingungen für Insekten- und Vogelarten.

Ratsmitglied Weiten (Grüne) erläutert, dass es bei diesem Antrag um das Handeln in der Verwaltung gehe, bei Begrünnung in den Flächen darauf zu achten, die Pflanzen einzusetzen, die hier urtypisch auch vorhanden und für den Vogel- und Insektenbereich nützlich seien. Ein Kirschlorbeer sei beispielsweise nicht ratsam. Es solle das angepflanzt werden, was hierher gehöre und was die Biodiversität fördere – ohne dass es mehr koste, da es ohnehin gemacht werde. Und nicht einfach aus Landschaftsstrukturgründen ein Immergrün oder eine Pflanze zu wählen, die Biodiversität nicht fördere.

Ratsmitglied Palz (SPD) führt wie folgt aus: „Grundsätzlich sehen wir seitens der SPD-Fraktion in dem gestellten Antrag ein ganz wichtiges Anliegen widerspiegelt. Denn gerade im städtischen Bereich gehen durch Bebauungen und Flächenversiegelungen wichtige Lebensräume für Tiere und Insekten verloren. Auch stimmen wir damit überein, dass eine Bepflanzung mit Pflanzenarten, wie beispielsweise dem Kirschlorbeer, nicht erfolgen sollte und darf, da dieser keinen ökologischen Mehrwert für die Tier- und Pflanzenwelt der Kreisstadt bietet. Der NABU empfiehlt bei Bepflanzung im öffentlichen Raum die Eberesche, die für 63 verschiedene Vogelarten als Nahrungsmittel dient.“

Wir sehen es durchaus als Aufgabe der Stadt, Verantwortung zu übernehmen und aktiv einen Beitrag gegen das Artensterben zu leisten. Schließlich ist Merzig nicht nur der größte kommunale Waldbesitzer des Saarlandes, sondern mit einem Grünflächenanteil von ca. 80 % auch eine „grüne Stadt“ – und das meine ich nicht politisch. Merzig ist bekannt unter dem Namen „Die Stadt im grünen Kreis“ und wir sollten unsere Grünflächen entsprechend nachhaltig und systemverträglich gestalten.

Aus diesem Grunde geht uns der vorliegende Antrag nicht weit genug bzw. er ist nicht konkret genug in der Art und Weise seiner Gestaltung.

Seitens der SPD-Fraktion stellen wir daher folgenden weitergehenden Antrag:

1. Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, ab sofort nur noch ausgewählte, heimische Pflanzen- und Baumarten zu verwenden und vor allem keine Zierpflanzen für Begrünnungsmaßnahmen zu nutzen, die keinen über den reinen Zierwert hinausgehender Nutzen aufweisen.

Soweit besteht Deckungsgleichheit mit dem vorliegen Antrag.

2. Der Stadtrat fordert zudem seitens der Stadtverwaltung die Erstellung einer Auflistung heimischer, für unsere Region typischer Pflanzen- und Baumarten, die sich für die Bepflanzung im öffentlichen Raum eignen.

3. Dieser - von unseren städtischen Gärtnermeistern erarbeitete Katalog soll zeitnah dem zuständigen Fachausschuss vorgelegt und in diesem beraten werden.

4. Letztlich sind die Begrünungsmaßnahmen mit Blick auf den Artenschutz - also unter Verwendung der in besagtem Katalog aufgeführten Pflanzen - in allen Stadtteilen der Kreisstadt Merzig verbindlich umzusetzen.

Bei der Auswahl der Pflanzenarten ist zu beachten, dass sie insbesondere für unsere heimischen Insekten- und Vogelarten gute Lebensbedingungen bieten. Ein besonderes Augenmerk sollte auf gefährdete Insekten- und Tierarten unserer Region gerichtet werden. Zur Orientierung kann hier beispielsweise die Rote Liste des Saarlandes dienen, die jetzt schon eine traurige und alarmierend hohe Zahl an Tier- und Insektenarten aufführt, die in unserer Heimat bereits ausgestorben oder vom Aussterben bedroht sind.

Wir hoffen, dass unser weitergehender - aber auch konkretere Antrag - Zustimmung in den übrigen Fraktionen des Stadtrates finden wird.“

Beschluss: Dem erweiterten Antrag der SPD-Fraktion wird zugestimmt: 1. Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, ab sofort nur noch ausgewählte, heimische Pflanzen- und Baumarten zu verwenden und vor allem keine Zierpflanzen für Begrünungsmaßnahmen zu nutzen, denen ein über den reinen Zierwert hinausgehender Nutzen fehlt. 2. Der Stadtrat fordert zudem seitens der Stadtverwaltung die Erstellung einer Auflistung heimischer, für unsere Region typischer Pflanzen- und Baumarten, die sich für die Bepflanzung im öffentlichen Raum eignen. 3. Dieser von den städtischen Gärtnermeistern erarbeitete Katalog soll zeitnah dem zuständigen Fachausschuss vorgelegt und in diesem beraten werden. 4. Letztlich sind die Begrünungsmaßnahmen mit Blick auf den Artenschutz - unter Verwendung der in besagtem Katalog aufgeführten Pflanzen - in allen Stadtteilen der Kreisstadt Merzig verbindlich umzusetzen.

Da der SPD-Antrag den Grünen-Antrag umfasst, erfolgt keine gesonderte Abstimmung über den Antrag der Grünen-Fraktion.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	0	0

16 Resolution zum Thema "Klimakrise"; Antrag B90/Die Grünen

2020/388
ungeändert beschlossen

Auf Antrag der Grünen-Fraktion, einen Resolutionstext zum Thema „Klimanotstand“ zu beschließen, bildete der Ausschuss für Klima, Umwelt, Stadt- und Stadtteilentwicklung eine Arbeitsgruppe. In dieser Arbeitsgruppe, in der alle Fraktionen die Möglichkeit der Mitwirkung hatten, wurde gemeinsam und einvernehmlich eine Erklärung zur „Klimakrise“ erarbeitet.

Grünen-Fraktionssprecher Borger führt wie folgt aus: „Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Mit diesem Motto möchte ich unseren Antrag begründen. Die Folgen des Klimawandels, die auch Merzig nicht verschonen werden, müssen zu einem zentralen Bestandteil der zukünftigen politischen Arbeit werden. Der Klimawandel und seine Folgen, die andere bereits mehr spüren als wir, schreiten unaufhaltsam voran. Die Prognosen der unabhängigen Wissenschaft sind eindeutig. Länder, die EU und immer mehr Städte und Gemeinden in Deutschland haben bereits den Klimanotstand oder die Klimakrise ausgerufen. Damit wurde zum Ausdruck gebracht, politisches Handeln zukünftig wesentlich stärker an dieser existenziellen Frage zu orientieren. Aktiver Klimaschutz und ein diesbezügliches Bekenntnis der Stadt Merzig bedeutet auch Vorbild zu sein und Verantwortung gegenüber un-

seren Einwohnerinnen und Einwohnern zu tragen. Es liegt daher in der besonderen Verantwortung der Kreisstadt Merzig, ihre eigenen Handlungsspielräume zu nutzen, um der Notwendigkeit und Dringlichkeit der Bekämpfung des Klimawandels gerecht zu werden.

Da wir feststellen mussten, dass wir mit unserem Ursprungsantrag keine Mehrheit im Rat finden, hatten wir es unterstützt, dass unser Antrag in eine Arbeitsgruppe verwiesen werden sollte, um einen parteiüberschreitenden Kompromiss zu finden. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den beiden Herren Schuh und Kost bedanken, die die beiden Sitzungen ergebnisorientiert geleitet hatten. Die zweite Sitzung brachte dann den Durchbruch und ich möchte mich hier bei Herrn Dorbach für die sehr konstruktiven Vorschläge bedanken. Natürlich mussten wir als Antragsteller viele Federn lassen und ja, das hier erzielte Ergebnis geht nach unserer Überzeugung nicht weit genug. Wir haben uns aber im Sinne eines gemeinsamen Ergebnisses so weit bewegt, dass es uns schon fast wehtat. Da der Spatz in der Hand besser ist als der Vochel auf dem Dach, stimmen wir dem gemeinsamen Ergebnis, also der vorliegenden Resolution, zu.“

Beigeordneter Dr. Kost (CDU) richtet seinen Dank an die Mitglieder der Arbeitsgruppe, die eine gute Arbeit geleistet habe. Es sei eine sehr konstruktive Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten gewesen. Natürlich habe man – das sei vom Vorredner mit der Formulierung „Federn lassen“ gemeint gewesen – die Vorgaben des Antrags ideologisch etwas entschärfen müssen, um zu einem guten Konsens zu finden. Seiner Einschätzung nach sei dies ein gutes Ergebnis für das Klima, aber auch im Sinne des Klimas im Stadtrat. Die Arbeitsgruppe habe sehr sachorientiert gearbeitet. Ein solches Klima – an der Sache zu arbeiten – werde in letzter Zeit im Stadtrat vermisst. Stadtverordneter Dr. Kost (CDU) schlägt vor, in Zukunft daran anzusetzen und sich bei der Arbeit im Stadtrat an der Sacharbeit zu orientieren.

Die ursprüngliche Idee sei die Verabschiedung einer Resolution gewesen. Resolutionen würden sich auch immer mit Forderungen verbinden bzw. sich auf Forderungen beschränken. Vorliegend sei eine gemeinsame Erklärung gefunden worden. Eine gemeinsame Erklärung adressiere nicht nur Dritte, von denen man etwas verlange oder fordere, sondern adressiere den Stadtrat selbst, der sich beim Thema Klima binde, und natürlich die Verwaltung, die die Maßnahmen umsetze. Damit sei man weit über eine Resolution hinausgegangen, weshalb er die gemeinsame Erklärung als gutes Ergebnis erachte, die von der CDU-Fraktion mitgetragen werde.

Ratsmitglied Dyck (SPD) erklärt, dass man heute wieder einen heftigen Schlagabtausch erlebt habe. In der vertraulichen Umgebung der Arbeitsgruppe sei dies ganz anders gewesen. Dort habe es stundenlange Diskussionen und gegenseitigen Respekt gegeben, sachliche Argumentation und Kompromisse, bis das Papier erstellt gewesen sei. Es mögen manche Politiker in den sogenannte Sozialen Medien als Hinterzimmer schmähen, aber das sei funktionierende Demokratie. Herausgekommen sei eine gemeinsame Erklärung demokratischer Fraktionen zum Klimawandel. Wissenschaftler würden sagen, dass der Klimawandel komme. Und da wir gemeinsam der Auffassung seien, dass er unsere Lebensgrundlagen bedrohe, trage dieses Papier die Überschrift „Klimakrise“. Wie schlimm es werde, hätten wir selbst in der Hand. Jeder einzelne und auch die Kommunen in ihrem Unternehmen und ihren Strukturen. Er freue sich, in einer Stadt zu leben, die früh zu den Kommunen gehört habe, die auch die Verantwortung bei sich selbst sehe. Seit 2006 sei die Stadt Merzig Klimaschutzkommune und schreibe ihr Klimaschutzkonzept bis heute fort. Seit 2016 sei Merzig Fairtradetown. Hier bedeute Nachhaltigkeit, nicht auf Kosten der Zukunft von anderen Regionen der Welt zu leben. DAS BAD bemühe sich seit Jahren um nachhaltiges Wirtschaften. Vor kurzem sei es wieder zertifiziert worden und sei jetzt eines der drei nachhaltigsten Bäder Deutschlands. Die Stadtwerke würden sich seit vielen Jahren nicht damit zufrieden geben, Energie nur zu verteilen. Mit Biogas, Windkraft und Photovoltaik erzeugten die Stadtwerke Merzig nachhaltige Energie selbst. All dies werde aber noch nicht ausreichen. Die Zukunft fordere weiteres Umdenken. Deshalb nehme man jetzt beispielsweise Verkehrskonzepte in den Blick. Man wolle das Radfahren und andere klimaverträgliche Verkehre attraktiver machen. Deshalb wolle man noch mehr regenerative Energie erzeugen und in unseren Liegenschaften und städtischen Strukturen den CO₂-Ausstoß weiter verringern. Weil in dieser AG gemeinsam so gute

Ergebnisse erzielt worden seien, beantrage er im Namen der SPD-Fraktion die dauerhafte Fortführung der Arbeitsgemeinschaft „Klima und Biodiversität“.

Ratsmitglied Schuh (FWM/FDP-Fraktion) schließt sich den Ausführungen der Ratsmitglieder Dr. Kost (CDU) und Dyck (SPD) an und bedankt sich bei allen Mitgliedern der AG für dieses Ergebnis. Es habe eine unaufgeregte Atmosphäre in dieser Gruppe geherrscht und nur so könne man zu guten Ergebnissen kommen.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der gemeinsam erarbeiteten Erklärung sowie der dauerhaften Fortführung der AG „Klima und Biodiversität“ zu und beschließt die folgende Erklärung zur kommunalen Verantwortung im Zusammenhang mit dem Thema „Klimakrise“:

1. Der Stadtrat erkennt die Eindämmung des Klimawandels als kommunale Aufgabe mit vorrangiger Priorität an und stellt sich seiner Verantwortung. 2. Der Stadtrat befürchtet, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. 3. Um zu versuchen, die vielfältigen Folgen der Klimakrise zu begrenzen, wird der Stadtrat zukünftig verstärkt sein Handeln an ökologischen, gesellschaftlichen, und ökonomischen Rahmenbedingungen ausrichten. Er wird in seinen Beratungen die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigen und bei Entscheidungen mit potentiell Bezug auf Klima und Umwelt Lösungen bevorzugen, die sich möglichst nachhaltig positiv auf Klima und Klimaschutz auswirken. 4. Hierzu sind zukünftig bei sämtlichen Vorhaben für politische Beschlussfassungen die Auswirkungen auf das Klima kurz zu erläutern und bei möglichen negativen Auswirkungen Alternativen aufzuzeigen. 5. Der Stadtrat fordert die Verwaltung auf, das Klimaschutzkonzept fortzuschreiben und den Klimaschutz in das Leitbild der Kreisstadt sowie in Konzepte und Planungen einfließen zu lassen. Umwelt- und klimaverträgliche Verkehrskonzepte sind mit Nachdruck in den Blick zu nehmen und zu fördern. Gleiches gilt für Konzepte zum Ausbau regenerativer Energien und zur Land- und Waldbewirtschaftung. 6. Der Stadtrat fordert die Verwaltung auf, die CO²-Bilanz städtischer Liegenschaften und Vorhaben kontinuierlich fortzuschreiben und dem Stadtrat und der Öffentlichkeit jährlich zu berichten. 7. Der Stadtrat Merzig geht mit seinen Maßnahmen zum Klimaschutz mit gutem Beispiel voran und ermutigt so andere Kommunen und die Landesregierung, ebenfalls für mehr Klimaschutz einzutreten und die Kommunen dabei zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	0	0

17 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Beigeordneter Ernst informiert, dass ab 2.3.2020 eine Bauschutt- und Erdmassendeponie im Bereich des Hafens bei der Firma Stutz für die Merziger Bürger zur Verfügung stehe. Die Firma Stutz bietet dieses Angebot in Eigenregie an. Hierdurch entfällt für die Stadt die Verpflichtung, eine eigene Annahmestelle einrichten, was Haushaltsmittel sowie die Ausschreibung der Leistung einspart. Besonders vorteilhaft ist auch die Lage des Betriebsgeländes der Firma Stutz, zentral gelegen und verkehrsgünstig zu erreichen.

Konditionen: Wie bisher bei der EVS-Deponie ist die Anlieferung nur durch Privatpersonen und mit Privatfahrzeugen möglich. Es werden nur Materialien aus privaten Haushalten der Kreisstadt Merzig angenommen.

- Bauschutt
bis 400 kg pauschal: 12,60 €
darüber hinaus: 31,50 €/to.

- Erdmassen
bis 400 kg pauschal: 7,35 €
darüber hinaus: 18,40 €/to.

Öffnungszeiten

April-Oktober	November-März
Mo-Fr. 7.00 – 17.00 Uhr	Mo-Fr. 08.00 – 16.30 Uhr
Mittagspause 12 – 12.30 Uhr	Mittagspause 12 – 12.30 Uhr
Sa. 07.30 – 13.00 Uhr	samstags geschlossen

Bürgermeister Hoffeld bezieht sich auf die Stadtratssitzung vom 10.02.2020, in der die Veröffentlichung der Tonaufnahme zu TOP 5 der Sitzung vom 14.11.2019 beschlossen worden sei. Ratsmitglied Borger habe als einziger Beteiligter die ihm übersandte Einwilligungserklärung lediglich in abgeänderter Form unterschrieben. So habe Herr Borger ergänzt, dass er die Zustimmung für die Veröffentlichung für den Zeitraum vom 27.02.2020, 0 Uhr, bis einschließlich 04.03.2020, 24 Uhr, erteile. Der Stadtrat habe jedoch beschlossen, die Aufnahme für einen Zeitraum von 14 Tagen zu veröffentlichen. Hinzu trete das Problem, dass nach dem von Herrn Borger bewilligten Zeitraum keine Möglichkeit bestehe, die Bevölkerung durch einen Hinweis im Amtsblatt über die Veröffentlichung der Aufnahme im Internet zu informieren. Die Ergänzung, wonach auf der Homepage auch die Rechtsfolgen einer widerrechtlichen Verwendung der Aufnahme zu veröffentlichen seien, werde die Verwaltung berücksichtigen und umsetzen. Bürgermeister Hoffeld schlägt eine Veröffentlichung der Tonaufnahme ab Donnerstag, 05.03.2020, für einen Zeitraum von 14 Tagen vor.

Wie Grünen-Fraktionssprecher Borger erklärt, habe er die Angelegenheit prüfen lassen. Am Vortag der Stadtratssitzung habe er vom Landesdatenschutzzentrum, das er angefragt habe, eine überraschende Mitteilung erhalten. Danach habe es – anders als in der Vorlage angegeben – keine Abstimmung gegeben. Er lese wörtlich vor: „Unsere Behörde war auch an keiner inhaltlichen Abstimmung der Veröffentlichung einzelner/konkreter Redebeiträge von Stadtratssitzungen der Stadt Merzig beteiligt. Die Gegenstände der in Bezug genommenen Tagesordnungspunkte 5 und 6 der Stadtratssitzung vom 14.11.2019 sind uns nicht bekannt.“ Grünen-Sprecher Borger spricht die möglichen Gefahren einer Veröffentlichung an. Bei einer Tonaufnahme einer Sitzung in der Vergangenheit – es gebe dazu auch einige Zeugen im Stadtrat, wie die Mitglieder Lorenz und Friedrich, die sich daran erinnern könnten - sei aufgrund technischer Mängel offensichtlich am Tonbandgerät ein wesentlicher Redebeitrag nicht mehr enthalten. Bürgermeister Hoffeld widerspricht dieser Darstellung. Diese Aussage sei nicht zutreffend.

Vor diesem Hintergrund habe er, so Grünen-Fraktionssprecher Borger, das Datenschutzzentrum angeschrieben und diese Information weiche im Wesentlichen davon ab, was die Stadt in der Sitzungsvorlage geschrieben habe. Aus diesem Grunde werde er der Veröffentlichung – wie eben auch den Anmerkungen, die nicht von ihm kämen, sondern von einem Juristen – nur unter den von ihm angegebenen Bedingungen zustimmen, damit derjenige, der im Nachhinein eine Tonaufnahme missbräuchlich nutze und verändere, zumindest über die Rechtsfolgen Bescheid wisse.

Fachbereichsleiter Klein erläutert, dass die Kreisstadt Merzig einen externen Datenschutzbeauftragten bestellt habe. Die Stadt nutze in diesem Zusammenhang das Angebot des eGo Saar. Mit diesem Datenschutzbeauftragten befinde sich die Stadtverwaltung im permanenten Austausch. Er persönlich habe dem Datenschutzbeauftragten den gesamten Vorgang zugeleitet mit der Bitte, die Angelegenheit datenschutzrechtlich zu prüfen. Der Datenschutzbeauf-

trage seinerseits befinde sich im ständigen Austausch und in Abstimmung mit dem Landesdatenschutzzentrum. Im Übrigen habe das Landesdatenschutzzentrum – er erinnere an dieser Stelle an eine Anlage zu einer Sitzungsvorlage der letzten Stadtratssitzung – in ähnlich gelagerten Fällen bereits eine rechtliche Bewertung vorgenommen. Das heiÙe, diese rechtliche Einschätzung des Landesdatenschutzzentrums aus der Vergangenheit sei in diesen Fall mit eingeflossen. Kurzum: Der Externe Datenschutzbeauftragte habe ihm persönlich, so Fachbereichsleiter Klein, signalisiert, dass der von der Stadtverwaltung Merzig vorgesehene Weg datenschutzkonform sei. Dies habe der Bürgermeister Herrn Borger in einem Schreiben auch so mitgeteilt. Das, was Ratsmitglied Borger (Grüne) zuvor verlesen habe, bedeute lediglich, dass das Landesdatenschutzzentrum von diesem Sachverhalt keine Kenntnis habe. Das Landesdatenschutzzentrum habe hingegen nicht mitgeteilt, dass dieses Vorgehen gegen datenschutzrechtliche Vorschriften verstoÙe. Fachbereichsleiter Klein fasst zusammen, dass der Externe Datenschutzbeauftragte der erste Ansprechpartner der Stadtverwaltung Merzig in Datenschutzangelegenheiten sei. Dieser wiederum tausche sich bei Bedarf mit dem Landesdatenschutzzentrum aus – nur bei Bedarf deshalb, da er selbst ebenfalls über entsprechende Rechtskenntnisse verfüge, um den konkreten Fall beurteilen zu können. Aus Sicht der Stadtverwaltung Merzig stünden sowohl dieses Vorgehen als auch die vorliegende Einwilligungserklärung im Einklang mit Datenschutzrecht.

Bürgermeister Hoffeld richtet an Grünen-Sprecher Borger die Bitte, der Verwaltung bis kommenden Montag, 8 Uhr, Rückmeldung zu geben, ob dessen Redebeiträge ab 05.03.2020 für 14 Tage veröffentlicht werden könnten.

Ratsmitglied Holzner (SPD) regt mit Blick auf die Sitzungsdauer an, künftig auch für die Zuschauer Getränke zur Verfügung zu stellen.

Ratsmitglied Temmes (Grüne) stellt fest, dass er derzeit das älteste, aktive Stadtratsmitglied und als Parteiloses Mitglied der Grünen-Fraktion sei. Innerhalb dieser Vierergruppe herrsche auch bei unterschiedlichen Meinungen kein interner Fraktionszwang in Bezug auf eine einheitliche Abstimmung. So solle und dürfe jeder seine persönliche Meinung vertreten und erläutern. Es herrsche ein Gefühl der gegenseitigen Anerkennung. Aufgrund dessen seien alle Grünen-Vertreter nur ihrem eigenen Gewissen unterworfen und für das Wohl der Stadt Merzig und ihrer Bürger verantwortlich. Das Nacheifern oder das Folgen einer Leitperson werde somit bei Abstimmungen in dieser Gruppe nicht gepflegt. Im Sinne der Sache wegen müsse man zur Ergebnisoptimierung auch bereit sein, erfolgversprechende Kompromisse einzugehen. Es sei ihm daher unerklärlich, wie die zehn gewählten Abgeordneten der GroKo einer vom Vorsitzenden ordnungsgemäß eingeladenen Sondersitzung am 17.02.2020 ferngeblieben seien.

Bürgermeister Hoffeld weist darauf hin, dass die Redezeit abgelaufen sei. Ratsmitglied Temmes (Grüne) beendet daraufhin seinen Redebeitrag.

Ratsmitglied Santo (Grüne) weist darauf hin, dass beim Kindergarten St. Marien in der Straße „Zum Wiesenhof“ ein Basketballplatz errichtet worden sei. Nach dem vielen Regen seien dort viele Pfützen entstanden. Sie regt eine Überprüfung der Situation und ggfls. eine Instandsetzung an.

Ratsmitglied Spanier (Die LINKE) bittet mit Blick auf die Corona-Epidemie um Auskunft, ob es bei der Stadt Merzig Notfallpläne oder Handlungsempfehlungen gebe. Bürgermeister Hoffeld verweist auf die primäre Zuständigkeit des Landkreises Merzig-Wadern (Gesundheitsamt) sowie auf Pläne des Landes und die Einbindung des Klinikums Merzig. Ratsmitglied Schmitt (CDU) ergänzt, dass das Klinikum Merzig darauf sehr gut vorbereitet sei.

Ratsmitglied Borger (Grüne) fragt nach, ob die in der letzten Sitzung verabschiedete Resolution zum AKW Cattenom schon an die Bundestagsabgeordneten versandt sei. Bürgermeister Hoffeld verneint dies.